

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, veranwortl. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Seidenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Versand-Anzeigen  
für die dreispaltige Beitzelle oder deren Raum 30 4.

**Jetzt ist die Zeit, wo der Verband jeden Kollegen zur Flugblatt-  
verbreitung und Hausagitation braucht! ~ ~ ~**

## Ein verstärkter Kriegsruf der Unternehmer.

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe G. V.

Geschäftsamt: Berlin SW., Kochstraße 3.

Berlin, den 23. Februar 1908.

An die Mitglieder!

Die Generalversammlung unseres Bundes in Hannover hat in bezug auf den Abschluß der neuen Arbeits-(Tarif-)verträge zum Frühjahr d. J. mit Einstimmigkeit die folgenden wichtigen Beschlüsse gefaßt, nämlich:

daß an dem vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe herausgegebenen Vertragsmuster nichts geändert werden dürfe und daß, falls die im Frühjahr ablaufenden und zu erneuernden Verträge auf der Basis dieses Vertragsmusters nicht zustande kommen sollten, am 1. April d. J. die Baugeschäfte geschlossen werden, ausgenommen natürlich in denjenigen Ortschaften, wo Tarifverträge bestehen.

Weiter wurde hierzu einstimmig beschlossen, daß bei eintretender Arbeitseinstellung den beteiligten Bezirken und Orten nach jeder Richtung hin die weitgehendste Unterstützung des Bundes gewährt werden soll.

Zur Vorbereitung der Durchführung dieser Beschlüsse ist es erforderlich, daß die in Tarifvertragsverhandlungen stehenden oder nimmere eintretenden Verbände bis spätestens den 25. März d. J. den Bundesvorstand über den Verlauf und den Stand der Verhandlungen unterrichten, damit ein Bild über die Gesamtlage gewonnen werden kann. Der Bundesvorstand wird in den letzten Tagen des Monats März zusammentreten, um die im Sinne der Generalversammlungsbeschlüsse zu treffenden Ausführungsmaßnahmen endgültig festzustellen, worauf das Ergebnis der Sitzung allen Verbänden sofort mitgeteilt werden wird.

Zur unbedingten Durchführung des bereits früher abgeschlossenen Grundgesetzes, daß alle Verträge nur vorbehaltlich der Genehmigung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe abgeschlossen werden dürfen und daß sie dessen Zustimmung erst dann erlangen, wenn über sämtliche Verträge eine Einigung erzielt ist, hat die Generalversammlung noch einen Genehmigungsvermerk, der jene Tendenz lebhaft besonders zum Ausdruck bringen soll, einstimmig angenommen und zwar mit folgendem Wortlaut:

**Die Genehmigung für diesen Vertrag ist nur im Zusammenhange mit allen anderen Vertragsgenehmigungen erteilt.**

Es ist durchaus notwendig, daß dieser Genehmigungsvermerk allen zum Abschluß kommenden Verträgen und zwar bereits vor der Unterschrift durch die Vertragsschließenden hinzugefügt wird, um den Arbeitnehmerorganisationen nicht womöglich einen Grund zum Widerruf der Vertragsunterschrift zu geben; ein solcher Widerruf aber wäre nicht unberechtigt, wenn man den Arbeiterorganisationen die Kenntnis dieses Vermerkes, der die Willensmeinung beim Vertragsabschluß zu beeinflussen geeignet ist, vorenthalten wollte.

Als selbstverständlich ist im übrigen zu beachten, daß nicht nur die mit den freien Gewerkschaften, sondern auch die mit jeder anderen Gewerkschaft

abgeschlossenen Verträge der Genehmigung des Bundesvorstandes bedürfen und daß die Zustimmung auch in diesen Fällen erst nach erfolgter Einigung über sämtliche Verträge erteilt werden darf.

Im Hinblick auf jene Verhältnisse, die mit absoluter Sicherheit eintreten, falls der Abschluß der Verträge nicht zu Stande kommt, machen wir schon jetzt die **vertraglosen Verbände** darauf aufmerksam, daß auch sie nach Punkt 3a der von der außerordentlichen Generalversammlung vom 21. Oktober v. J. genehmigten taktischen Grundzüge gehalten sind, allen Maßnahmen des Bundes hinsichtlich der Aussperrung etc. strikte nachzukommen.

Obgleich wir hoffen, daß sich die Gewerkschaftsleitungen nach Bekanntwerden der mit so großer Einmütigkeit gefaßten Beschlüsse unserer Generalversammlung in Hannover geneigter zeigen werden, die Tarifverträge auf der Basis des Vertragsmusters abzuschließen, so muß doch auch mit dem Gegenteil und der dadurch notwendig werdenden Schließung unserer Geschäfte gerechnet werden. Wir erlauben deshalb die Verbände, diese Eventualität schon jetzt ins Auge zu fassen und die Vorbereitungen zur Einstellung der Arbeiten sowie überhaupt alle jene Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den Kampf in kürzester Frist zu Gunsten der Arbeitgeber durchzuführen. Wir empfehlen insbesondere, die noch außerhalb der Verbände stehenden Kollegen für unseren Bund zu gewinnen, mit den Baumaterialienhändlern Vereinbarungen wegen Nichtlieferung an Aufstehende zu treffen, bei Uebernahme von Arbeiten auf Einfügung der Streik Klausel Bedacht zu nehmen usw.

Schließlich teilen wir noch mit, daß in Ausführung des Punktes 1b der von der außerordentlichen Generalversammlung am 21. Oktober v. J. angenommenen taktischen Grundzüge der Vorstand beschlossen hat, daß die nach dem Frühjahr 1908 ablaufenden Verträge drei Monate vor dem Ablaufstermin zu kündigen und daß die Verhandlungen über die neu abzuschließenden Verträge auf derselben Grundlage, d. h. nach den von der außerordentlichen Generalversammlung erteilten Direktiven, zu erfolgen haben.

Wir geben uns der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die Verbände und überhaupt alle Fachgenossen gerade jetzt, wo das deutsche Baugewerbe vielleicht am Vorabend großer Ereignisse steht, in allem ihrem Tun und Lassen voll eingedenk sind jenes oft und doch nie genug betonten Wortes: **Einigkeit ist Macht.**

Geschäftsvoll

Der Vorstand

des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

gez. Jellisch.

Das vorstehend abgedruckte Zirkular ist uns auf dem üblichen Wege „auf den Tisch geflogen“, und wir benutzen natürlich die erste beste Gelegenheit, um die Kriegsbereitschaft und die Kampflust des

Unternehmerbundes der weitesten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Im Hinblick auf den nun wiederholt kundgegebenen Willen des Unternehmerbundes können wir uns in der Beschreibung der Situation ganz kurz fassen. Entweder: die baugewerbliche Arbeiterchaft nimmt den ihr hingeworfenen Fehdehandschuh auf und verliert, dem Gegner andere Bedingungen abzurufen; oder: sie läßt durch ihre Vertreter den vom Unternehmerbund diktierten „Vertrag“ unterzeichnen und verzichtet somit auf zwei Jahre nicht nur auf jegliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, sondern nimmt auch noch eine Reihe von Verschlechterungen mit in den Kauf. Ein drittes gibt es nicht! Das haben nicht nur die wiederholten Beschlüsse und Kundgebungen der Generalversammlungen des Unternehmerbundes, sondern auch die Tarifverhandlungen der letzten Wochen mit den Bezirksverbänden des Unternehmerbundes zur Evidenz bewiesen.

Ueber die Verhandlungen in Frankfurt a. M. haben wir schon eingehend berichtet. Das Resultat des dreitägigen Nebekampfes war ein Nichts. Bei allen Punkten, wo eine Verbesserung in den Arbeitsbedingungen gefordert wurde und wird, ließen die Unternehmervertreter durch ihren Sprecher erklären: Wir können nicht, wir sind an den „Musterarif“ gebunden! Dieß der Ausgang der Verhandlungen in Frankfurt a. M. trotz alledem noch eine spätere Verständigung erhoffen, so müssen wir nach der Verhandlung in Essen diese Hoffnung endgültig zu Grabe tragen. Inzwischen hat die Generalversammlung des Unternehmerbundes in Hannover getagt und erneut beschlossen (wir berichteten schon in der vorigen Nummer darüber, und das heutige Zirkular wiederholt den Beschluß), unter allen Umständen an dem „Musterarif“ festzuhalten.

Die Neben der Unternehmervertreter in Essen waren von vornherein auf den Ton gestimmt: Fisk, Vogel, oder stirb! Und die wiederholten Darlegungen der Arbeitervertreter, daß es ein Unding sei, den Arbeitern keine einzige Forderung zu bewilligen und ihnen dennoch einen zweijährigen Vertrag aufzuzwingen zu wollen, führten letzten Endes immer wieder zu der Erklärung der Unternehmervertreter: Wir haben es beschlossen, und dabei bleibt es!

Die noch ausstehenden Verhandlungen bezw. Verhandlungsforderungen sind für die Unternehmer nur noch Formache. Die Vertreter der rheinisch-westfälischen Verbände haben für die weitere Verhandlung ausdrücklich die Bedingung gestellt, daß die Arbeitervertreter vorher die Erklärung abgeben: Wir verzichten auf eine Verkürzung der Arbeitszeit und auf eine Erhöhung des Lohnes; dagegen sind wir damit einverstanden, daß der Unternehmer unumschränkter „Herr im Hause“ bleibe, d. h. die Arbeiter sind seiner Willfür unterworfen.

Trotzdem wollen die Arbeitervertreter versuchen, die Unternehmer anzukommen, um den drohenden Krieg zu verhindern. Gelingt dies nicht, dann muß das Schicksal seinen Lauf nehmen.

## Heran, Ihr Männer vom Bau!

Wie in jedem Jahre, wenn der Lenz das Eis fraden läßt, und die Frühlingswärme durch das Land brausen, so wendet sich der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands auch jetzt mit einem Aufruf zur Organisation an die Berufsgenossen. Mit guten Gründen und eindringlichen Worten wird jedesmal die alte Wahrheit des Wortes gepredigt, daß Einigkeit stark macht. Und es ist noch immer sehr nötig! Niemals aber war es nötiger als jetzt. Was sollen wir, zuerst anführen, um das darzutun? Jedem Kollegen ist bekannt, zu welchen Schlägen das vereinigte Unternehmertum des Baugewerbes ansetzt. Seit zwei Jahren haben wir im „Grundstein“, darauf hingewiesen, wie es kommen wird. Haben hinter die Kulissen des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe geleuchtet und gezeigt, wohin dessen Sehnen und Drängen zielt. Nicht immer hat man uns geglaubt. Mehr als einmal hat man uns als Schwarzseher hingestellt, uns auch wohl die Absicht untergeschoben, zu bestimmten Zwecken die Sachen ernstlich zu schillern, als sie in Wirklichkeit wären. Wir sind heute gerechtfertigt. Die Entwicklung hat zu den Ergebnissen geführt, die wir vorausgesehen und vorausgesagt. Das Jahr 1908 hat uns Aufgaben gestellt, wie wir sie größer und gewichtiger noch nicht zu lösen hatten.

Es konnte weder in unserer Macht noch in unserer Absicht liegen, der Entwicklung ein anderes Tempo oder eine andere Richtung zu geben. Was sich jetzt im Baugewerbe abspielt oder in nächster Zeit abspielen wird, das ist weder anzuhalten noch zu umgehen. In demselben Maße wie die Gewerkschaften an Ausdehnung und Einfluß gewinnen, entstehen und erstarken auch die Organisationen der Unternehmer. Das hat man an Hunderten von Beispielen sehen können. Mancher Ortsverband des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat als Entstehungsurkunde eine Lohnbewegung unserer Kollegen. Je kräftiger und erfolgreicher wir den Kampf für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen führen konnten, um so mehr breitete sich der Arbeitgeberbund aus.

Aber zu der heutigen Konstellation hat noch ein anderes Moment beigetragen, das zwar ebenfalls in letzter Linie mit dem Wachstum der Unternehmerorganisation zusammenhängt, das uns aber, rein äußerlich betrachtet, als ein selbständiger Faktor erscheint. Das ist die Entwicklung des Tarifwesens. In welcher Richtung diese vor sich geht, braucht man heute nicht mehr zu erschließen, man braucht nur darauf hinzuweisen; denn sie liegt klar vor unser aller Augen. Kein Zweifel: Die tarifliche Entwicklung strebt zur Zentralisation, zur Zusammenfassung vieler Lohngebiete auf einer gemeinsamen tariflichen Grundlage. Unser Maurergewerbe gibt uns dafür geradezu klassische Beispiele; denn wir haben kleine, örtlich begrenzte Tarifverträge, die zu großen Bezirksarbeitsverträgen führen. Unsere beiden großen Tarifgebiete im Westen bzw. Südwesten sind aus kleinen Anfängen, nämlich aus Ortsarbeitsverträgen entstanden, die für einen Ort, höchstens für eine Stadt mit ihrer näheren Umgebung galt. Und wie sie entstanden sind, wissen wir alle; denn diese Umwandlung hat sich ja vor unseren Augen vollzogen: sie sind aus großen Ausperrungen entstanden. Das Wachstum der Unternehmerorganisation gestaltete dieser die Übernahme großer Ausperrungen, und da in einem Gebiete zusammenhängend gekämpft wurde, so wurde auch zusammenhängend Frieden geschlossen, und das Ergebnis waren naturgemäß große Tarifgebiete. So ist also auch die tarifliche Entwicklung eng verknüpft mit der Entwicklung der Unternehmer- und damit wieder mit der der Arbeiterorganisation. Das mag Beweis dafür sein, daß die Gewerkschaften keine Macht haben, eine solche Gestaltung der Verhältnisse zu verhindern, wie wir sie heute vor uns sehen. Überall dort, wo sich die Arbeiter zusammenschließen, um der Willkür der Unternehmer in der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegenzutreten, um sich einen größeren Anteil an dem Arbeitsertrage zu sichern, überall dort führt sie ihr Weg durch Kämpfe ohne Zahl. Und diese Kämpfe müssen in demselben Maße an Umfang gewinnen, wie die Bewegung größer wird. So ist's im Baugewerbe gewesen und so ist es heute.

An anderer Stelle unseres Blattes finden die Kollegen die Nachrichten über den gegenwärtigen Stand der Bewegung. Nach dem Beschluß der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Hannover, wonach die Unternehmer zu striktem Festhalten an dem Normaltarif gezwungen sind, ist der Abschluß neuer Tarife so gut wie ausgeschlossen. Die Konsequenz ist dann Kampf, und zwar erbitterter Kampf für viele Tausende unserer Kollegen. Diese zu erwartenden Kämpfe aber sind es,

die es uns zur Pflicht machen, mit ganz besonderem Nachdruck an die Frühjahrssagitation zu gehen.

Noch stehen uns viele, viele Verunsicherungen fern. Viele von ihnen haben noch nie den Wert der Organisation kennen gelernt, andere sind aus hundertfacherlei nichtigen Gründen wieder abgefallen. Wir wissen, daß jeder unorganisierte Berufscollegen eine große Gefahr für uns bedeutet; schon in Friedenszeiten stört und hemmt er unsere Tätigkeit, wieviel mehr aber erst in den Tagen, wo wir mit den Unternehmern unsere Kräfte messen! Da folgt er bald den Lösungen der Unternehmer und ihrer Agenten und läßt sich zum Streikbruch, zu dieser widerlichsten aller verwerflichen Handlungen, bereitfinden. Während die Gesamtheit der Kollegen, das Alter wie die Jugend, Mähen und Entbehrungen auf sich nimmt, um die Willkür der Arbeitgeber zu brechen, wird der Unorganisierte zum Verräter seiner Leidensgenossen, namentlich er dieselben Leute, die auch für ihn kämpfen, die auch für ihn mehr Brot erzhängen. Die Kämpfe des letzten Jahres haben gezeigt, daß es noch allzu viele von diesen Leuten gibt, die noch nicht wissen, daß die Solidarität der Gleichen das erste und höchste Gebot aller Menschlichkeit ist. Gerade das ist es, was der Arbeiterbewegung ihren hohen ethischen (moralischen) Wert gibt, daß sie von dem einzelnen die Einführung in die Organisation der Gesamtheit der Klassenangehörigen fordert und somit den naturwichtigen Egoismus (Eigennutz) der einzelnen in der höheren Einheit der brüderlichen Solidarität aufzulösen hilft.

Das ist das Evangelium der Arbeit, das heute in allen Zungen gepredigt wird. Auch wir wollen hinausziehen in diesen stürmischen Vorfrühlingsstunden und wollen lehren und werden für unseren Bund. Mag es alle Jahre mit loblichem Interesse geschehen sein, in diesem Falle bedarf es ganz besonderer Anstrengungen. Wir allzu oft und allzu gern sagt sich der einzelne Kollege: sagt sich dieser oder jener Zweigvereinsvorstand, daß es wohl genüge, wenn man den paar Unorganisierten das Flugblatt in die Wohnung sende, oder, mehr könne man nicht tun; denn man könne sie doch schließlich nicht, aus den Haaren in den Verband hineinziehen. Oder man hält auch diese kleine Mähe schon für zu groß, weil es „ja doch nichts helfe“. Ach, mein wir immer so geachtet hätten! Wo wären sie dann hergekommen, diese rund zweimal hunderttausend Männer, die heute in unserem Verband stehen? Wir hätten sie sicher noch lange nicht. Klein, Kollegen, so darf diesmal nicht gehandelt werden! In diesem Jahre hat jeder Zweigverein der ihm auferlegten Pflicht zu genügen, und diesmal hat sich jeder Kollege zur Verfügung zu stellen und mit peinlicher Gewissenhaftigkeit seine Aufklärungsarbeit zu verrichten. Nur noch wenige Wochen trennen uns von der Entscheidung, und die müssen noch ausgenutzt werden so gut es irgend möglich ist. In diesen Tagen muß sich unsere Agitation wie eine Flutwelle über das Land ergießen, und darum müssen alle Kräfte angespannt werden. Also, Kollegen! Ihr alle, die Ihr noch frisch und regsam seid, die Euch unsere Ideale den Sinn heben und Euren Streben Kraft und Ausdauer geben: frisch und behende ans Werk!

Die Zeit ist für die Arbeiter des Baugewerbes hochkritisch. Es steht für uns nicht mehr und nicht weniger auf dem Spiele, als die Frucht der Arbeit von zwei Jahreszeiten. Was wir uns in tausend Kämpfen mit namenlosen, schweren Opfern erlitten haben, das brutale Unternehmertum will es uns entreißen: das Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen. Einen von frivoler Herrschaft entworfenen „Musterarif“ will man uns aufzwingen, indem man uns mit großen Ausperrungen einzuschüchtern versucht. Wir lassen uns nicht einschüchtern! Wir lassen uns nichts aufzwingen! Darum heißt es jetzt, die letzten Vorbereitungen zu dem wohl unausweichlichen Kampfe zu treffen! Und das heißt eine Agitation von solcher Wucht und mit solchem Eifer geführt, daß auf allen Arbeitsstätten und in allen Wohnungen der Maurer in den nächsten Wochen der Ruf zum Zusammenischluß gehört wird. Nüchere darf es in diesen Tagen nicht geben und Lässigkeit sei uns der schlimmste Feind. Jeder stelle sich in den Dienst unserer stürmerischen Organisation und werbe für den Zentralverband der Maurer Deutschlands!

### Wirtschaftliche Rundschau.

Neue Panik in Dänemark. — Deutsche Eisenerzeugung und Kleinereisenerzeugung. — Die Lage in Amerika. — England: Schiffbau, Arbeitslosigkeit, Kohle und Kupfer. — Der Getreidemarkt.

Der internationale Markt vollzieht sich stufenweise weiter. Hier und da erzeugt er sogar immer wieder eine wahre Panik. So neuerdings in Dänemark, wo zunächst die Grundbesitzer ihre Zahlungen einstellen mußte, der alsdann eine Reihe anderer Finanzinstitute

folgte, vor allem die Detailhändlerbank, ferner das Haus Hermann Meyer & Comp. Schließlich übernahmen der Staat und fünf Großbanken, je zur Hälfte, Garantie für Erfüllung aller Pflichten der Grundbesitzer, und Detailhändlerbank; im Folgenden stimmten sämtliche Parteien, außer den Sozialdemokraten, dieser staatlichen Beteiligung an der Hilfsaktion zu, so daß eine gewisse Beruhigung zurückkehrte.

Für Deutschland und Luxemburg liegen jetzt die Jahresziffern der Roheisenerzeugung vor. Sie zeigen, zum ersten Male seit dem Frühjahr 1905, einen Rückgang gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres: Januar 1908 insgesamt 1.061.820 Tonnen, gegen 1.082.152 Tonnen im Januar 1907. (und 1.106.375 Tonnen im unmittelbaren Vorangehenden Dezember 1907). Die seit März 1905 bis Dezember 1907 jedesmal den Vorjahresmonat übersteigende Produktionskurve zeigt hier also nunmehr unumkehrbar eine abwärts tendierende Richtung. Die gleichen Nachrichten gehen vom Stahlwerksverband. Dessen Jahresbericht 1908 zeigt gleichfalls wesentlich schlechtere Ziffern als der Januar 1907: diesmal in Produkten A 883.056 Tonnen Rohabgabegewicht gegen damals 489.571 Tonnen. Nur der Absatz von Eisenbahnmateriale bietet günstigere Züge. Fast alle in Frage kommenden deutschen Eisenbahnverwaltungen haben ihre Lieferungsverträge abgebrochen unter ansehnlicher Steigerung der Abkühlmengen gegen früher. Da, besonders für Galvanis, weitere Preisermäßigungen erwartet werden, so bestellen die privatrechtlichen Verbraucher höchstens kleine Posten für den drängenden Augenblickbedarf, so daß der Verband sich in der Preise frampfhaft bemüht, die Lage rasiger erscheinen zu lassen, als sie offenbar ist, nur um die Zauberkraft der Abnehmer zu erheitern. Auch der Rückgang des Roheisenabbaus läßt auf das Absinken in der Eisenproduktion rückschließen. Überaus stark zeigt sich die rückläufige Konjunktur in dem Kleinen eisenindustrie, vor allem in den Zweigen, die in großen Mengen exportieren, wobei absehbare die Störung der amerikanischen Lieferungen eine Hauptrolle spielt.

Daß große Teile der deutschen Textilindustrie, ferner der Porzellanfabrikation diese amerikanische Krisis schon seit geraumer Zeit, mitunter recht bitter, fühlten, erwähnten wir bereits früher. An einen raschen Umschwung jenseits des Atlantischen Ozeans ist jedoch kaum zu glauben. Daß drüben die Hochsaison um Weihnachten herum nur zu 20 pzt. in Betrieb waren, jetzt aber etwa 45 bis 50 pzt. der Erzeugnisfähigkeit erreichen, ist um so weniger ein Trost, da hinter der Vermehrung mehr die leichteren Selbstbeschaffungen als reale Auftragssteigerungen stehen. Im Gegenteil, was an wirklichen Aufträgen vorlag, soll höchstens über ein paar Wochen hinweggehen. Gerade die Eisenbahnen, auf die alles ankam, bestellen weder Schienen noch Wagen, da sie zunächst weder größere Aufträge, noch Auftragsbeträge unterzubringen vermögen. Selbst Preisermäßigungen, denen jedoch die rückwärts tendierende amerikanische Eisenindustrie lieber die volle zeitweilige Stilllegung der Werke vorziehen, bringen keinen Wind in die Segel. Der Pittsburgher Korrespondent der „Wall St.“ sieht deshalb die nächste Zukunft sehr schwarz und glaubt nicht an eine so rasche Umkehr zum Besseren wie 1903/04. „Kapital und Labor Unions“ stehen sich so drohend gegenüber, daß es kaum anzunehmen ist, daß das Kapital den so günstigen Augenblick vorbeigehen lassen wird, die Löhne zu „reduzieren“. Wohin man blickt, sieht man auf solche Widersprüche, die sich aber auf die Dauer nicht auflösen können. Die Produktion ist so stark beschränkt, und doch schäuen, besonders an den oberen Ecken, die neuen Stahlwerke wie die Pilze aus der Erde. Auch die Eisenerzeugung ist ernst und wird mit Beginn des Frühlings akut werden, wenn die Erzschiffahrt auf den Oberen Seen möglich ist. Letztes Jahr brach die Erzgewinnsteile alle Meile, aber die Produktionsbeschränkung des Eisens in diesem Winter hat ungeheure Ablagerungen von ungebrauchten Erzen auf den Docks und in den Eisenwerken zur Folge gehabt. Welche Konsequenzen wird dies besonders für die Erzpreise haben? Diese Frage ist eine der ersten; denn am Ende hängt der ganze Eisenbetrieb vom Preise des Erzes ab. Und je näher der Frühlung heranrückt, desto drängender wird die Erzfrage und desto eifriger ihre Beantwortung. So ist denn in der Eisenindustrie alles schamant. Nicht einmal die Finanzwirtschaft, im engeren Sinne hat alle ihre ersten katastrophenartigen Begleiterscheinungen verloren. Die letzten Wochen brachten von neuem Lebensgefährliche „Abregungen“ an den Werten, in erster Linie wieder in Kupferaktien, die dereinst mit dem Sturz des Deingeringes die ganze Generalabrechnung einleiteten. Neue Zahlungsstörungen und Bankrotte waren zu verzeichnen: der dem Eiskönig Charles W. Morse nahe stehenden Banken, der Oriental Bank in New York, der Homebank in Brooklyn, der Consolidierten Dampfergesellschaft in New York, der Detroit-Edo-Granton Eisenbahn, der Mutual Reserve-Lebensversicherungsgesellschaft; große Defraudationen stellten sich bei der New York und New Jersey Telephonegesellschaft heraus; das Arbeits-Staatsdepartement weist für Ende Dezember 1907 innerhalb der Gewerkschaften der Stadt New York eine Arbeitslosigkeit von 31,2 pzt. nach, gegen 12,8 pzt. an demselben Tage in 1906, 6,7 pzt. in 1905 und 17,8 pzt. in 1904 (auf Grundlage von 92 Organisationen mit diesmal 60.120 Mitgliedern und 22.027 Beschäftigten). Für den Gesamtstaat a New York fand erst die Biffer für Ende September veröffentlicht, also für die Zeit vor der Oktoberfinanzkrise. Dabei zeigt sich, daß der Buren schon länger im Golde bohrte; wesentlich durch das Absinken im Baugewerbe stand schon Ende September die staatliche Arbeitslosenziffer auf 10,7 pzt. (gegen nur 5,7 pzt. in 1906 und 4,9 pzt. in 1905), so daß man bis zum Jahre 1900 zurückgehen muß, um auf eine ähnliche Depression zu stoßen. Seitdem hat jedoch der eigentliche Abschwung erst eingesetzt.

Wie wenig errettet die Lage in England liegen, geht schon daraus hervor, daß die Unternehmerviertel, die Löhne herabzusetzen, zugehen müssen. Da ein solcher Versuch im Schiffbau und Maschinenbau der Nordküste soeben einen großen Lohnkampf entzündete, so sei der Lage



gehalten werden dürfte. Als er ein Jahr später die Robesse zum Jubiläumsgesetz brachte, war die Freundschaft noch so groß, daß man sich 12000 für ein Jubiläumsgesetz gaben ließ. Als aber Robossowsky begann, etwas Sozialpolitik zu treiben, wurde die Spannung stärker und stärker, und im Jahre 1900 sind es ja die Herren vom Zentralverband gewesen, welche die Sache von den 12000 in die Öffentlichkeit brachten, um dem Grafen Robossowsky zu schaden. Man kann sich also denken, wie jetzt, wo mit dem Zentralverband wieder Frieden geschlossen ist, eine Sozialpolitik auszuüben wird. Man müßte doch endlich einmal mit der Fiktion aufhören, wie hier schon gesagt worden ist, aber man sollte vor allen Dingen nicht das Gewerbe rechtsoffizieren, sondern das Arbeiterrecht. Vor allen Dingen müßte man ein einheitliches Arbeitergesetz schaffen. Es ist ein großer Mangel, daß es so viele verschiedene Gesetze für die verschiedenen Arbeitsverhältnisse gibt. Ein geprüfter Heizer z. B. fällt unter die verschiedenen Gesetze, je nachdem er auf einem Dampfschiff, auf einer Fabrik oder auf einem Seidenspinner oder in einer Fabrik oder in einem Bergwerk. Ist er bei der Eisenbahn tätig, so unterliegt er sogar gar keinem Arbeitergesetz. Ein so buntes Durcheinander, wo sich kaum ein Jurist durchfindet, ist für die Arbeiterklasse am wenigsten annehmbar. Bitte Kreise der Arbeiter fallen heute noch überhaupt aus der Arbeitergesetzgebung heraus.

Nachher ging dann auf eine Reihe von Einzelfragen, Regelung der Arbeitszeit, Regelung der Gewerkschaften etc. ein. Dazu bemerkte er schließlich: „Man hat es verstanden, bei dieser Gelegenheit darzustellen, daß die Arbeiter in den Eisenbahnbetriebswerkstätten der Gewerbeordnung unterliegen. Sehr wichtig wäre auch eine Herabsetzung der Arbeitszeit, namentlich in den Betrieben der Eisenindustrie, in denen die Arbeit besonders schwierig und gesundheitsgefährlich ist. Die Durchführung der Arbeitszeitbestimmungen wäre hier besonders wichtig, da die Arbeitszeit 1895 bis 1904 bei der Industrie pro Tonne von 106 auf 146 gehoben ist, während die Eisen pro Tonne von 145 auf 44 gesunken sind. Dazu kommt, daß die Intensität der Arbeit bei Verfürgung der Arbeitszeit erfahrungsgemäß steigt. Wir werden in der Kommission all unsere Kraft dafür einsetzen, daß die Vorlagen in den angeordneten Richtungen ausgearbeitet werden, wie werden dem Volke beweisen, wie Gerechtigkeit gemacht werden muß.“

In gleichem Sinne sprach der zweite sozialdemokratische Redner, Abgeordneter Geier. Auch diese Vorlage ging an eine Kommission. Namentlich wird die zweite Beratung des Staats des Reichs am 18. Juni ihren Anfang nehmen. Eine Reihe großer sozialpolitischer Debatten steht zu erwarten.

Die Entgegnungsvorlage wurde vom preussischen Herrenhaus in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Form angenommen. In namentlicher Abstimmung erklärten sich 143 Mitglieder dafür, 11 dagegen.

In der oppositionellen Minderheit befanden sich unter anderen der Schwager des Kaisers, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, Oberbürgermeister Kirchener, der Generalleutnant Graf Gaele, der Herzog zu Trachenberg und von Ratibor, Fürst Fürstberg, Fürst Stollberg-Wernigerode, Staatssekretär a. D. v. Hollmann.

Fürst Wilow wurde — man ist im Herrenhause stets musterhaft höflich und liebenswürdig — von mehreren Seiten beglückwünscht. „Alzu stolz braucht er auf seinen „Sieg“ nicht zu sein.“

Scharf ins Zeug gingen hauptsächlich Graf Oppersdorf, der alte Fürst Radziwill, Freiherr v. Lohmann, v. Buch-Stolpe. Sie erklärten dem Fürsten Wilow, daß alle Evidenz, redieren am Ministerium die Tatkraft nicht aus der Welt schaffen können, daß die Vorlage eine Verfassungsbedeutung bedeutet, daß sie die Erbitterung unter den Völkern steigert, daß sie eine durchsichtige Verleumdung und unvollständige Maßregel ist. Auch Kardinal Kopp wandte sich in vorläufigen und wohlwollenden Wendungen erneut gegen die Vorlage. Mit besonderer Schärfe ging Graf Oppersdorf ins Zeug, der dem Fürsten Wilow das treibende Wort zuwarf, die Verfassung sei kein überwindlicher Mangel.

Der Ministerpräsident fühlte sich veranlaßt, betuernd von der Stetigkeit der Oppositionspolitik zu reden. Er hat sich im Ausdruck geirrt: Störigkeit ist richtiger. Denn schließlich verfolgt die Regierung hier, von den Galatisten getrieben, den falschen Weg, den es gibt, und der unfehlbar zum Verderben führt.

Preußens Bevölkerung aber wird durch die Leistung des Unterparlamentes abermals aufgereizt, nicht nachzulassen im Kampfe gegen die schwächste Reaktion; liegt doch in diesem Rückfall des Herrenhauses in seine gemöhlte stumpfe Stagnation eine neue Aufmunterung des demokratischen Bewusstseins. Das Volk steht wieder, daß es nur auf seine eigene Kraft vertrauen darf, und daß es alles, was es erreichen will, nur aus eigenen Mitteln gegen die Reaktion erreichen kann.

Ueber die Erledigung der parlamentarischen Arbeiten hat sich der Senatskommission des Reichstages schlicht gemacht. Es wurde vereinbart, daß die zweite Beratung des Staats bis etwa zum 24. März und die dritte bis zum 1. April beendet sein soll.

Vor den Osterferien, die am 10. April beginnen und bis Ende April dauern werden, sollen noch die beiden Gesetzentwürfe, betreffend den Wechselprotest und den Versicherungungsvertrag, die zweite und dritte Lesung passieren.

Nach den Osterferien kommen dann die in der Kommissionsberatung befindlichen Regierungsvorlagen in das Plenum und werden dort dann für ihre gesetzgeberische Verabschiedung den Rest der Session in Anspruch nehmen. Der Senatskommission war einig darin, daß der Reichstag voraussichtlich im Mai den Sommer über vertagt werden müsse, da an eine vollständige Erledigung der in Beratung befindlichen Regierungsvorlagen im Laufe der gegenwärtigen Tagung nicht zu denken sei. Hierzu käme noch, daß weitere Vorlagen (Waffenbesoldung, Aufgabereform usw.) deren Erledigung allseitig gewünscht wird, in Aussicht stehen.

Gendarmen gegen streikende Arbeiter. Die sächsische Regierung, die mit Brechen in realistischen Leistungen weitest, hat im Landtag eine Vorlage auf Vernehmung der Gendarmerie eingebracht und begründete diese Forderung unter anderem mit der zunehmenden Agitation der Sozialdemokratie und der notwendigen Überwachung der Etschis und Versammlungen.

Die Kammer verhandelte diese Vorlage am 24. Februar. Der einzige dort stehende Sozialdemokrat, der Abgeordnete Goldstein, bekämpfte die Forderungen der Regierung. Er sagte u. a.: „Es ist auf die Streiks hingewiesen und behauptet worden, diese hätten an Festigkeit zugenommen. Das ist aber im allgemeinen unrichtig. Die Streiks mögen zahlreicher gewesen sein, aber sie haben an Festigkeit verloren. Ausschreitungen sind in geringerer Anzahl vorgekommen. Es wird auf Einbrüche hingewiesen, die zugenommen hätten. Und deswegen fordert man gleich 18 neue Gendarmen? Ich meine da, daß, wenn man schon eine Begründung gibt, sie auch wert sein muß. Das kann man aber von diesen Argumenten nicht sagen. Man verweist darauf, daß die Zahlreiche ausländischen Arbeiter eine stärkere Überwachung durch Gendarmen erforderlich. Aber hat aber diese Leute herbeigeholt? In erster Linie die Unternehmer. Es ist leibhaftig aber auch festgestellt worden, daß sogar an den Bahnbauten des Staates in erster Linie Ausländer beschäftigt werden. Das ist besonders beim Bahnbau bei Holschitz konstatiert worden. Sie ziehen also die Elemente selbst ins Land, die eine polizeiliche Überwachung erforderlich sollen und stützen sich dann darauf bei Verhelforderungen von Gendarmen. Es ist schon betont worden, daß Gendarmen zu Dingen verwendet werden, die ihrer eigentlichen Tätigkeit fernliegen. Ich habe auch noch der Richtung hin behauptet. Da können sich Gendarmen darum, welcher Wirten Arbeiterblatt hält; es bemühen sich andere, die Wirte zu veranlassen, ihre Säle den Arbeitern nicht zu Versammlungen herzugeben. Was haben sich die Gendarmen um solche Dinge zu kümmern, die sie gar nichts angehen? Ich verweise auch darauf, daß jüngst in der Kommission des Reichstages bei Beratung des Vereinsgesetzes der Staatssekretär erklärt hat, die Saalabreiter der Gendarmen sei als Unmishbrauch zu betrachten. Die große Zahl von Versammlungen wird ebenfalls zur Begründung der Verhelforderung ins Feld geführt. Ja, zu was schiden Sie denn Gendarmen in die Versammlungen. Das ist ganz überflüssig. Lassen Sie das sein, dann können Sie Gendarmen sparen.“

Die gutgefunnte Mehrheit der Kammer bewilligte natürlich die Vernehmung der Gendarmerie.

## Mauverbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, aber die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

##### Maurer:

###### Hannastädte:

Spandau (Sperre über Nehen), Oehsenwälder (Sperre über A. Blecken), Travemünde (Sperre über Schröder), Bremen (Streik der Stukktore), Cuxhaven (Sperre über das Kinderheim, Unternehmer Vollmar aus Bremen);

###### Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor (Streiks), Apenrade (Sperre über Callesen), Wedel (Sperre über Hatje), Husum (Sperre über Petersen), Itzehoe (Sperre über die Alsenische Zementfabrik in Lägerdorf), Tondern (Aussperrung);

###### Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke), Brunsahlaupt (Differenzen);

###### Brandenburg:

Güven (Aussperrung), Senftenberg (Sperre über Ullrich, Margakolonie), Jüterbog (Sperre über H. Niendorf in Malterhausen und Rager Wwe. in Trauenbrietzen im „Alten Lager“);

###### Pommern:

Pyriz (Differenzen), Köslin (Sperre über Schüttner);

###### Posen — Schlesien:

Weisswasser (Sperre über die Opolesenzwerke), Görlitz (Sperre über Pötschko in Horka);

###### König. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L. Leutzsch Eisenzeisserei E. Becker & Co., in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), Nannhof (Sperre über H. Goltzsch, vormals Kupper & Schröt);

###### Provinz Sachsen und Anhalt:

Halle a. d. S. (Sperre über den Fabrikneubau von Prinzel & Söhne und über die Hallische Zementfabrik);

###### Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Celle, Norderney (Aussperrung), Braunschweig (Sperre über Gröpler, die Arbeit ist in Wolfenbüttel), Blankenburg a. H. (Sperre über den Steinbruch der Firma Beck), Wunstorf (Differenzen);

###### Hessen und Waldeck:

Gießen (Sperre über Bernhard in Kleinlinden), Schmalkalden (Sperre über Peter);

#### Bayern:

Selb (Sperre über Jäger & Werner), Dlesson (Streik), Wasserburg (Sperre über Nabauer), Ansbach (Sperre über Renter);

#### Friesenleger:

Berlin (Sperre über Fr. Pfäfer, Groß-Görschenstr. 21 und O. Ramin, Schöneberg, Schwabische Str. 1), Duisburg (Sperre über Gebr. Bönnig, Rendsburg (Sperre über das Walzwerk in Andorf und die Karlschütte), Strassburg i. Els. (Sperre über die Geschäfte von Hoffmann und Silbereisen, Schwimmbad).

#### Carifverhandlungen in Essen.

Keine Zugeständnisse, kein Friede, das ist das vorläufige Resultat der zweitägigen Verhandlungen in Essen über die Neugestaltung der Tarifverträge in der Rheinprovinz und Westfalen. Das Verlangen der Unternehmer, über die Tarife in Bonn, Köln, Greifeld, Düsseldorf, Barmen-Elberfeld, Solingen usw., sowie über den Bezirksrat der westfälischen Industriegebiete gemeinsam an einem Orte zu verhandeln, hatte ein Verhandlungsparlament von rund 100 Personen zusammengeführt, die Montag, den 24. Februar, den Essener Rathausaal bis auf den letzten Platz füllten. Anwesend waren 22 Vertreter der Unternehmerverbände und 78 Vertreter von Arbeiterverbänden. Geleitet wurden die Verhandlungen von dem städtischen Beigeordneten Dr. Wiedfeldt, worauf es auch zurückzuführen ist, daß die Stadt einen, und noch dazu den schönsten Raum ihres Rathauses, der Versammlung zur Verfügung stellte.

Sehr hart getritten wurde gleich anfänglich über die Abgrenzung des territorialen Gebietes. Auch die Unternehmervertreter mußten zugeben, daß sich die Verhandlungen über ein so großes Gebiet äußerst schwierig führen lassen, und daß sich auch das Arbeitsverhältnis doch nicht in allen Orten der Provinz gleichmäßig festlegen läßt. Aber die Herren haben es sich einmal in den Kopf gesetzt, für das genannte Gebiet nur einen Vertrag abzuschließen, von welchem Standpunkte sie sich durch keine noch so schönen und sachgemäßen Nebenabreden abbringen lassen. Dagegen ließen sie sich davon überzeugen, daß ein Vertrag, in dem neben Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern auch noch Tischler, Klempner, Dachdecker, Stuckateure, Steinarbeiter, Steinseher und Asphaltierer zusammengepackt werden sollten, unmöglich zu Stande kommen könne.

Daß die Wortführer der Arbeitervertreter mit Nachdruck für die Notwendigkeit der Lohnregulierung und für eine Reihe von Arbeitsbestimmungen auch für eine Verfürgung der Arbeitszeit eintraten, ist selbstverständlich. Aber ebenso hartnäckig widersprachen die Unternehmervertreter. Sehr scharf wurde auch von beiden Seiten für und gegen das Wort „tätig“ im Zusammenhang mit dem Lohnsätze getritten, nicht minder über die Agitationsklausel und last nicht least über das Genehmigungsrecht des Vorstandes des „Arbeitsverbandes“ für das Baugewerbe. Der Bundesvorstand will ebenfalls seinen einzigen Vertrag früher genehmigen, bis in allen Orten, wo die Unternehmerverbände Tarifverträge haben wollen, solche abgeschlossen sind. Der Aussperrungsvorbehalt des Unternehmerbundes selbst dort, wo Verträge zu Stande gekommen sind, wurde mit kräftigen Schlägen festgehalten.

Am Abend des ersten Verhandlungstages standen die Parteien in allen Fragen „hart auf hart“. Einer Einigung war man um keinen Schritt näher gekommen. Immerhin mochte man auf beiden Seiten hoffen, doch noch eine Verständigung herbeizuführen, und die Vermittlung stimmte einem Vorhabe des Herrn Dr. Wiedfeldt zu (dem es übrigens wiederholt gelungen war, die hochgehenden Wogen zu glätten), am Dienstag in einer erheblich verfeinerten Kommission mit der Spezialberatung zu beginnen.

Nun stellte sich heraus, daß die Unternehmer ihrem Tarifentwurf nachträglich noch die Bestimmung eingefügt hatten: „Dieser Arbeitsvertrag hat nur Geltung für die vertragsschließenden Parteien“. Das hört sich ganz schön an, und die Arbeiter wollen natürlich auch mit anderen „Parteien“ in diesem Zusammenhang nichts zu tun haben. Aber die Unternehmer wollen etwas ganz anderes, nämlich die unorganisierten Arbeiter außerhalb des Vertragess. Diese Arbeiter, die in einigen Orten leider ja noch eine erhebliche Zahl ausmachen, sollen zu längerer Arbeitszeit angehalten und mit niedrigeren Löhnen abgeseigt werden, als sie im Vertrage festzulegen wären. Damit wollen die Unternehmer selbstverständlich keinen sanften Druck auf die unorganisierten Arbeiter ausüben, damit diese sich ihren Organisationen anschließen. Ach nein! Die Herren „Arbeitgeber“ wollen sich ein Loch offen lassen, um fortgesetzt den Vertrag umgehen und durchbrechen zu können. Daß die Arbeitervertreter dem nicht zustimmen konnten, ist selbstverständlich. Aus demselben Grunde wollen sich die Unternehmer „freiwillige“ Ueberstunden sichern, wie sie sich auch vorbehalten, in „besonderen Fällen“ Ueberstunden anzuordnen. Auf die Forderung der Arbeiter, daß Ueberstunden sowie Nacht-, Sonntag- und Feiertagsarbeiten nur in dringenden Fällen gefordert und geleistet werden sollten, wollten sich die Unternehmer absolut nicht einlassen. Schließlich gab es zu, daß hinter ihrem „besonderen“ unser „dringenden“ in Klammern eingefügt werden könne. Ueber die „freiwilligen“ Ueberstunden, die als solche nicht bezahlt werden sollen und auch über die Bezahlung der dringenden Ueberstunden kam es nicht zu einer Verständigung.

Die Zimmerer des Industriegebietes fordern für Dortmund und Essen die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden, welcher Forderung die Maurer- und Bauhilfsarbeiter sich nachträglich angeschlossen haben; diese fordern die Verkürzung auch für Bochum. In den rheinischen Städten Köln, Düsseldorf, Barmen-Elberfeld und Solingen besteht schon die neueinhalbstündige Arbeitszeit; gefordert wird diese von den Arbeitern nun auch für Remscheid und Greifeld. Die Unternehmervertreter lehnen dies mit Hand und Fuß ab, dagegen wollen sie in sechs Orten des Industriegebietes die Arbeitszeit um eine und in vier weiteren Orten um eine halbe Stunde — auf elf Stunden verlängern. Resultat: Verständigung aus geschlossen.

Ebenso ging es bei der Beratung des „Normallohnes“ für „Normalarbeiter“. Die Wortführer der Arbeitervertreter gingen nochmals kurz auf die Verhältnisse ein; die eine Erhöhung des Lohnes unabwiesbar machen, wie sie eine einseitigkeit nachweisen, daß die Löhne der Arbeiter nicht abhängig sein dürfen von Angebot und Nachfrage und von der verminderten Bautätigkeit. Grundsätzlich mußte gefordert werden, daß die Löhne mit den Marktpreisen der Lebensmittel und aller notwendigen Bedürfnisse in Einklang gebracht würden. Die Lebenshaltung der baugewerblichen Arbeiter in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet sei infolge der Teuerung aller Lebensbedürfnisse so tief gesunken, daß kein sozial denkender Mensch eine merkbare Lohnerhöhung abweisen dürfe. Stillschweigend mußten die Unternehmervertreter anerkennen, daß auch in ihren Haushalten in den letzten 25 Jahren die Bedürfnisse um 50 bis 100 pSt. gestiegen seien, ohne daß man ihnen den Vorwurf besonderer Verschwendung machen könne. Sie mußten anerkennen, daß alle Staaten und Kommunen die Gehälter ihrer Beamten erhöhen mußten, weil die Bedürfnisse entsprechend dem Stande der Kultur gestiegen und gleichzeitig die Verdrängung der Bedürfnisse teurer geworden sind. Dasselbe trifft auch auf die Arbeiter zu, nur mit dem allerdings sehr beschränkten Unterschied, daß die Arbeiterschaft noch gar nicht einmal in die Lage gekommen ist, auch nur den Anfängen der Bedürfnisfrage genügen zu können.

Es nützte nichts! Die Unternehmer wollten unter allen Umständen den Lohn der Arbeiter von Angebot und Nachfrage abhängig machen. Und überdies wollten sie für normale Arbeiter überhaupt keinen Lohn tariflich festsetzen, sondern nur für „tüchtige“ Arbeiter. Und den Lohn der in ihren Augen „tüchtigen“ Arbeiter wollten sie so niedrig bemessen, daß er für den Durchschnittsmenschen um mindestens 50 pSt. zu niedrig ist. Wenn die Tüchtigkeit noch besonders bezahlt werden soll, dann muß der jetzige Lohn verdoppelt werden.

Der im Baugewerbe kaum definierbare Begriff „tüchtig“ war überhaupt ein Gegenstand langer und lebhafter Auseinandersetzungen; ebenfalls die von den Unternehmern beabsichtigte Lohnkürzung um 15 pSt. für „untüchtige“ Arbeiter, wie auch andere zweideutige Bestimmungen in dem Tarifentwurf des Unternehmerverbandes.

Eine gebührende Beachtung fanden auch die verschiedenen „Geheimnisse“ und Zeitungsnotizen der Arbeitgeberverbände, die klipp und klar beweisen, daß sich die Unternehmer ganz außerordentlich viele Vorteile durch den von ihnen gewollten Vertrag gegenüber dem alten versprechen. Ebenfalls wurde festgestellt (was die Unternehmer zwar bestritten), daß die Leistungen der Arbeitgeberverbände befristet sind; die Baupunktkurze vorläufig künstlich zurückgehalten.

Auf die präzise Frage: ob die Unternehmervertreter geneigt seien, den Lohn zu erhöhen und das Wort „tüchtig“ und andere schlaue Vorbehalte zu streichen, erklärte der Vorsitzende der Unternehmerverbände, dazu nicht in der Lage zu sein.

Somit hätten die Verhandlungen eigentlich abgebrochen werden können. Nach einem Vorschlage des Herrn Dr. Wiesfeldt sollten aber noch andere, mehr notwendige Punkte durchgesehen werden, damit diese, wenn später über die Hauptpunkte eine Einigung erzielt werde, die „Kleinigkeiten“, keine Schwierigkeiten machen. Große Lust war hierzu freilich nicht mehr vorhanden. Man hatte allerseits die Heberzeugung, daß in den Hauptpunkten auch fernhin keine Überwindung der Gegensätze möglich sei. Die Debatte ergab denn auch, daß die Unternehmervertreter in keinem der bestehenden Differenzpunkte Zugeständnisse machen. Dr. Wiesfeldt mußte konstatieren, daß eigentlich in keinem Punkte eine Einigung erzielt worden sei.

Es kamen nun drei Wege in Betracht: erstens fortzuführen und in erneuter Diskussion doch noch eine Verständigung zu erzielen; zweitens die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit zu vertagen; drittens die Verhandlungen überhaupt als gescheitert zu betrachten. (Die Unternehmervertreter zogen sich auf zehn Minuten zurück, um zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.) Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Bömelburg im Namen der Arbeitervertreter, daß sie eine Vertagung der Verhandlungen auf vier Wochen wünschten. Aufweg gab namens der Unternehmervertreter folgende Erklärung ab: Wir sind mit einer Vertagung, möglichst nicht über Mitte März hinaus, einverstanden. Voraussetzung für die weitere Verhandlung ist, daß die Arbeitgebervertreter bis dahin erklären, daß sie auf eine Verközung der Arbeitszeit und auf eine Erhöhung des Lohnes verzichten, und ferner dem Unternehmen zugestehen, daß sie „Gerren im Hause“ bleiben dürfen.

Die Arbeitgebervertreter wollten ohne Vorbehalt an die weitere Verhandlung herantreten, sie lehnten es ab, vorher Erklärungen abzugeben. Schließlich werden die Verhandlungen auf den 23. März vertagt.

Mit einem Dank an Dr. Wiesfeldt wurde die Sitzung gegen 8 Uhr abends geschlossen.

Mit dem Zwangsstarif sollen nun auch die Berliner Kollegen „beglückt“ werden. Wie das „Zentralblatt“ für das deutsche Baugewerbe“ mitteilt, hat die Generalversammlung des Unternehmerverbandes auf Antrag des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten beschlossen und den Bundesvorstand beauftragt:

„die von den Landes-, Bezirks- oder Lokalverbänden eingereichten Tarifverträge nicht eher zu genehmigen, bevor nicht der Lokalverband Berlin mit Genehmigung des Bundesvorstandes eine Tarifgemeinschaft mit den zentralorganisierten baugewerblichen Arbeitern abgeschlossen hat.“

Wie schnell doch die „Gefinnung“ der Berliner Herren „Arbeitgeber“ umgeschlagen ist. Im September v. J. nach der Beendigung des Streiks, konnten die Herren Fiedler, Feuer, Bahl nicht genug Rühmens machen von der tariflosen Zeit. Sie gaben sich wohl der Hoffnung

hin, daß sie nach der „Niederwerfung“ der Arbeiter diese ohne Tarif nach Herzenslust drücken könnten; sie haben ja auch eine Lohnreduktion beschloffen und stellenweise auch durchzuführen vermocht. Aber — „gestrenge Herren“ regieren bekanntlich nicht lange. Und nun fängt wohl schon im Verband der Baugeschäfte von Berlin das Gerücht vor, seinem eigenen Werte an. Nun möchten die Herren wieder einen Tarif haben.

Die baugewerblichen Arbeiter von Berlin werden ohne Frage bereit sein, wiederum ein Tarifverhältnis mit dem Unternehmerverband einzugehen, daß aber — „Muster-tarif“ des Unternehmerverbandes von den Arbeitern nicht anerkannt wird, darüber sollten sich doch mindestens die leitenden Personen des Berliner Unternehmerverbandes klar sein.

#### Gau Berlin.

Aus Jüterbog ist zu berichten, daß die Sperre über die Firma Bw. Riger nach einer Dauer von 16 Wochen beendet ist. Der Geschäftsführer der Firma hat dem Vorstand unseres Freundesvereins und zwei streikenden Kollegen die Erklärung gegeben, daß er jetzt den Lohn laut Jüterbog-Tarif zahlen werde und keine „Schere“ mit den Jüterbögern mehr haben solle. Die Sperre über den Unternehmer Hienborn in Watterhausen, der gleichfalls Arbeiten in Jüterbog (im „Alten Lager“) übernommen hat, dauert fort.

#### Gau Bremen.

In den Unterwerkorten fanden die Stuf-ture einige Wochen im Streit, wodurch auch die Maurer, besonders die Fassadenputzer, in Mitleidenschaft gezogen wurden. Eine sehr berechtigte Warnung vor Zug hat nun den bekannten Herrn Kistner in Bremerhaven, Vorsitzenden des dortigen Unternehmerverbandes, veranlaßt, verknüpft, daß er unterem Zweigverein Bremerhaven vor das „Ultimatum“ gestellt hat, die „berängte Sperre“ sofort aufzuheben, dieses dem Unternehmerverband schriftlich mitzuteilen und eine entsprechende Notiz in der nächsten Nummer des „Grundstein“ erscheinen zu lassen; andernfalls der Unternehmerverband seine weiteren Entschlüsse treffen würde.

Wir können dem Herrn Kistner verraten, daß wir in diesem Falle über seine Entschlüsse lachen. Streiks, die uns, wenn auch nur mittelbar, angehen, werden wir immer mitteilen und die Warnung, daran knüpfen, den Zug fernzuhalten. Zufällig ist nun an demselben Tage, wo Herr Kistner das „Ultimatum“ zu Papier brachte, der Streik der Stufkulturen beendet worden, und deshalb wird die Warnungsnote für die Maurer gegenstandslos. Es sei aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wegen des Streiks arbeitslos gewordene Putzer noch nicht alle wieder eingestellt sind, und daß zur Zeit ein Mangel an Arbeitskräften in Bremerhaven-Gesamtheit-Regie nicht zu handlen ist.

Die Unternehmer in Rotenburg wollen unseren Kollegen mit kleinen Abstellfesseln belohnen. Nachdem die Bitterung längst das Arbeiten erlaubt, werden unsere Kollegen von Woche zu Woche eingehalten. Als kürzlich unsere beiden Hilfsarbeiter nach dem Unternehmer für alte kamen, um anzufangen, waren sie wieder anfangen konnten, meinte der gute Herr, sie könnten überhaupt aufhören, das arbeiten hätte doch keinen Zweck mehr. Dagegen sucht er fremde Maurer nach Rotenburg zu laden; dies sind also Maßregeln, die unsere Kollegen zum Frühjahr recht geübt machen sollen. Die Unternehmer wittern, daß unsere Kollegen nicht mehr für einen Stundenlohn von 45 s arbeiten wollen. Unsere Kollegen schließen, ob dieser kleinen Abstellfesseln erst recht die Reithen. Nur zu! Was die Unternehmer sagen, werden sie merken.

In Nordenham ist am 27. Februar mit den Unternehmern verhandelt worden. Der Musterarif bildete auch hier die Grundlage der Unternehmung. An der Verhandlung nahmen die Maurer und Bauarbeiter und deren Bauvorsteher teil; die Zimmerer waren nicht dabei. Die Maurer und Bauarbeiter hatten zu dem Musterarif ihre Änderungsanträge gestellt. Nach zehnstündiger Beratung wurden sie bis auf weiteres vertagt. Die Unternehmer lehnten sämtliche Forderungen der Maurer- und Bauarbeiter ab; umgekehrt wurden die Zumutungen der Unternehmer ganz energig zurückgewiesen. Der Unternehmer Adena meinte, wir könnten uns ja erst noch einmal einige Wochen besinnen, vielleicht würden wir später geneigter sein, den Musterarif anzuerkennen. Das Unternehmertum an der Unterwerf dürfte sich ebenso täuschen, wie seine Gesellschafter im übrigen Deutschland.

In Embden drängen die Unternehmer gleichfalls auf Annahme ihres Musterarif. Zum dritten Mal wenden sie sich mit einem Schreiben an unsere Kollegen. Das letzte Schreiben vom 25. Februar lautet:

„Da ihr bis zum 15. März d. J. mit den Verhandlungen bezu. der Durchberatung der Tarifverträge beendigt sein müßten, so laden wir Sie hierzu nochmals auf den 4. März d. J., abends 3 Uhr, in der „Weser“ ein. Wir bemerken hierzu noch, daß wir vom 1. April 1908 ab nicht ohne Tarifvertrag arbeiten lassen dürfen. Im übrigen verweisen wir auf unser Schreiben vom 5. und 15. Februar 1908.“

Unsere Kollegen werden den Unternehmern ihre Forderungen unterbreiten und zu den Verhandlungen gehen.

Unsere Kollegen in Sulingen, die im Jahre 1908 unserem Verbands den Rücken kehren, haben eingesehen, daß sie damit einen Fehler gemacht haben; sie haben sich wieder organisiert. Die Unternehmer in Sulingen haben sich gleichfalls dem Arbeitgeberverbande angeschlossen.

In Meer haben die Unternehmer auf die Forderungen geantwortet, daß sie sich mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage nicht entschließen könnten, eine Lohnerhöhung einzutreten zu lassen.

#### Gau Erfurt.

In Eisenach haben die Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt, wodurch zweifellos auch unsere Kollegen in Mitleidenschaft gezogen werden; man wolle darum Eisenach meiden.

#### Gau Götting.

In Horka, einem Dorfe bei Götting, klagte der Unternehmer B. B. B. aus Niesky den Lohn um 8 s pro Stunde;

bisher wurden 35 s gezahlt. Die dort beschäftigten Kollegen verließen die Arbeit und der Zweigverein verhängte über den Bau die Sperre.

#### Gau Hamburg.

In Tonnen sind sämtliche Maurer und Zimmerer am 24. Februar aus der Sperre ert worden. Die Bauarbeiter stellten einen Tarif für zwei Jahre anerkennen, monach der bisherige Lohnsatz beibehalten werden soll. Als sich die Bauarbeiter hierauf nicht einlassen wollten, wurde ihnen der Lohn sofort um 5 s pro Stunde gekürzt. Hierauf stellten die Bauhilfsarbeiter die Arbeit ein. Nach acht Tagen wurden nun die Maurer- und Zimmerer aufgefordert, auf die Streikenden einzutreten, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen. Dieses Ansinnen wurde zurückgewiesen und die Folge war die Aussperrung der Maurer und Zimmerer. Die Unternehmer drohen damit, keinen Maurer, Zimmerer oder Bauhilfsarbeiter wieder einzustellen, ehe nicht alle drei Berufsstände den Lohnsatz der Unternehmer anerkennen haben. Abwarten! Zug nach Tonnen und Umgegend ist streng ferngehalten.

#### Gau Leipzig.

Die Lohnbewegung der Kollegen in Leuchern ist erledigt. Sie forderten 45 s Stundenlohn, gute Behandlung, bessere Beachtung der Baupunktkurze und Regelung des Beurlaubens. Bei den mündlichen Verhandlungen einigte man sich auf 43 s für die Jahre 1908 und 1909 und 45 s vom 1. Januar 1910 an. Dies übereinstimmend soll zwei Jahre gelten. Die Bautätigkeit ist gut.

#### Gau Lübeck.

In Ahrenshoop fordern die Kollegen eine Lohnerhöhung von 47 auf 52 s. Die Unternehmer wollen aber anscheinend diesmal recht billig davon kommen; denn sie boten einen Pfennig! Die Kommission hat den Unternehmern bereits erklärt, daß auf Annahme eines so schlechten Angebotes nicht zu rechnen sei.

Den Unternehmern in Brunsbüttel ist es recht unangenehm, daß wir vor Zug zugucken. Sie verlangten am 9. Februar die Freigabe des Zugweges. Wenn dies bis zum 19. Februar nicht geschehen sei, würden sie unorganisierte Maurer, die sich in Massen angeboten hätten, einstellen. Dies Ansinnen lehnten die Kollegen rundweg ab. Den Unternehmern wurde mitgeteilt, daß die bestehenden Differenzen sehr leicht zu beseitigen seien, wenn sie ihren bisherigen hartnäckigen Standpunkt ändern würden. Geschiehe dies, dann wären wir nach wie vor zu weiteren Unterhandlungen bereit. Hierauf fand am 22. Februar eine nochmalige Unterhandlung statt. Die Unternehmer machten auch ein besseres Angebot, nämlich 4 s für dieses und 1 s für das nächste Jahr. Die Kollegen erklärten sich bereit, für 1908 das Gebotene anzunehmen. Lehnten aber für 1909 den angebotenen Pfennig ab. Darauf wollten die Unternehmer sich aber nicht einlassen, und so sind die Differenzen noch nicht beseitigt. Vielleicht gelingt es noch, zu einem friedlichen Abschlus zu kommen.

In Lübeck machte der Arbeitgeberverband am 29. Januar das Angebot, den bestehenden Vertrag auf zwei Jahre zu verlängern. Hieraus konnten sich die Kollegen aber nicht einlassen; sie lehnten diesen Vorschlag ab. Wenn sich der Arbeitgeberverband bereit erklärt, einen neuen verbesserten Vertrag mit den Lübecker-Maurern abzuschließen, so sind sie bereit, ihre Forderungen zu formulieren. So die Antwort im beiderseitigen Sinne ausfällt, ist sehr zweifelhaft. Anscheinend werden sich die Unternehmer, gemäß ihrer Beschüsse, auf eine Aussperrung vor.

Zur Sperre über das Schömannsche Geschäft in Travemünde ist zu berichten, daß sich im Laufe der Zeit einige „Arbeitswillige“ dort eingefunden haben, mit welchen die notwendigen Arbeiten fertiggestellt werden sollen. Zugang ist auch fernerhin ferngehalten.

In Teterow, wo für unsere Kollegen keinerlei Verbindlichkeiten mit den Unternehmern bestehen, scheint den letzteren die Zeit lang — geworden zu sein. Sie beabsichtigen eine Unterhandlung und boten für dieses Jahr 2 s Lohnerhöhung pro Stunde, lehnten aber die Zahlung eines Landgelbes ganz entschieden ab. Eine Versammlung unserer Kollegen, die am 1. März in Gr. Wodern stattfand, erklärte sich bereit, den gebotenen Stundenlohn von 40 s anzunehmen, beschloß aber auch, auf die Zahlung eines Landgelbes zu bestehen. Die Unternehmer wollen gern einen Vertrag mit uns abschließen. Hoffentlich kommen sie nicht mit dem „Mustervertrag“, wenn etwas daraus werden soll.

#### Gau Stettin.

In Ustuswalde verlief die erste Verhandlung resultatlos. Am 10. Februar wandte sich der Obermeister der Innung an den Bauvorstand mit dem Ersuchen, an den Verhandlungen mitzuwirken. Am 18. Februar boten die Unternehmer einen zweijährigen Vertrag mit einer Lohnerhöhung von 2 s pro Stunde. Am 27. Februar stimmte eine Mitgliederversammlung dem Vertragsabschlus zu. Von dem Musterarif ist in den Bestimmungen nichts enthalten. Trotz des Vertragsabschlusses gefallen sich die Unternehmer darin, einige Kollegen unter allerhand nichtigen Vorwänden von der Arbeit auszuschließen. Die Arbeit ist so ziemlich in Angriff genommen, jedoch noch nicht vollendet.

Der Zweigverein Gützkow hat eine Forderung auf 42 s Stundenlohn eingereicht, aber nicht daran gedacht, eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10% auf 10 Stunden zu fordern. Den Bauvorstand hat man nicht um seine Meinung gefragt. Die Unternehmer boten bei zweijähriger Vertragsdauer 40 s pro Stunde. Am 28. Februar erklärte sich eine Mitgliederversammlung für 40 s pro Stunde, einen einjährigen Vertrag und Einführung der achtstündigen Lohnzahlung. Am 29. Februar ist der Vertrag unterzeichnet worden.

Bei den Unternehmern in Bollnow haben die Beschüsse und Bestimmungen des Arbeitgeberverbandes arges Unheil angerichtet. Es ist zuviel auf einmal für „unschuldige“ Gemüter. Nach dem Einlesen unserer Forderung wurden in den einzelnen Konkreten Disputatenden über freie Gewerkschaften, Christen und Gelbe eingerichtet. Die Unternehmer müssen nun recht umgeschaltete Lehrer gewesen sein, denn der Erfolg blieb aus. Im Laufe der



Millionen, also 74 Millionen Stück weniger; während die Differenz in den ersten drei Quartalen nur 54 Millionen betrug. Auch in diesem Jahre sind die Ausflüchten nicht gering, trotzdem die großen Bahnhöfeanlagen in Dortmund, Hagen und Langendreer noch lange nicht beendet sind und dazu jetzt noch andere große Anlagen für Herne und Wanne beschlossene sind. Ebenso sind in einigen kleineren Orten von den Zechen größere Kolonialanlagen geplant; auch der Fiskus fordert beträchtlich M. 55 000 000 zur Anlage neuer Schächte. Gegenwärtig hält auch noch der „Arbeitsgeberbund“ die Arbeit künstlich zurück, um durch längere Arbeitslosigkeit die Arbeiter müde zu machen. Aus einigen Orten wird uns berichtet, daß die Unternehmer in ihren Versammlungen beschloßen hätten, bis Ende April die Arbeit überhaupt ruhen zu lassen.

Lohnbewegungen wurden im Berichtsjahre nur wenige geführt, da der weitaus größte Teil des Gutes zum rheinisch-westfälischen Vertragsgebiet gehört. Verträge wurden abgeschlossen mit nur örtlich organisierten oder einzelnen Unternehmern in Aachen, Rheinhausen, Solvor und Brügge. In Aachen betrug die Lohnerhöhung 8 1/2 pro Stunde, in den übrigen Orten 4 1/2. Zur Arbeitslosenüberlegung kam es nur in Rheinhausen. Hier wurden nach acht Tagen Verhandlungen seitens des Bürgermeisters von Triemerheim angebahnt, die denn auch zum Abschluß des Vertrages führten. In Burgstfurt konnten die aufgeregten Forderungen wegen einer Anzahl dort beschäftigter italienischer Kollegen nicht durchgeführt werden. Wegen Nichtumsetzung des Tarifes, namentlich wegen Nichtumsetzung der tariflichen Arbeitszeit, kam es zu mehreren Sperren, die aber leider nicht alle von Erfolg waren. Von den Friesenlegern mußten ebenfalls mehrere Sperren verhängt werden, weil sich die Unternehmer des Plattengewerbes durchaus nicht an die Bestimmungen des abgeschlossenen Vertrages gewöhnen können. In diesem Jahre wird sich die Lohnbewegung über den ganzen Gau mit Ausnahme einiger kleiner Orte, wo weder die Arbeiter noch die Unternehmer organisiert sind, erstrecken.

Über die Mitgliederbewegung ist infolge des Rückganges der Bautätigkeit, und weil die Zahl der Unorganisierten nur noch gering ist, nicht mehr so günstig zu berichten wie in den früheren Jahren.

Die Mitgliederzahl betrug:

Zum 1. Quartal 1906	8095,	1907	9214
2. "	10186,	"	11246
3. "	11075,	"	10927
4. "	7684,	"	7880

Während wir also im ersten und zweiten Quartal noch einen kleinen Fortschritt gemacht hatten, wiesen die beiden letzten Quartale schon einen, freilich nicht bedeutenden Rückgang gegen das vorige Jahr auf. Trotzdem hat sich die Beitragszahlung etwas besser gestaltet, wie aus der Zahl der verlaufenen Beitragsmarken hervorgeht. Es wurden verlaufen im Jahre 1906 367 941, im Berichtsjahre 382 541. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug demnach bei 46 vollgezahlten Wochenbeiträgen 9564 gegen 9198 im Jahre 1906. Auch die Extrabeiträge sind verhältnismäßig gut gezahlt worden, mit Ausnahme einiger Kolonien ungarischer, böhmischer und italienischer Kollegen, die sich überhaupt weigerten, die Extrabeiträge zu zahlen.

Neuaufgenommen wurden in diesem Jahre 4959 gegen 7165 im vorigen Jahre, also 2206 weniger; von den Eingetretene waren angeblich 367 bereits früher Mitglieder des Verbandes. Die Fluktuation war, wohl infolge der geringeren Bautätigkeit, noch größer als in früheren Jahren. Anmeldungen erfolgten 1906: 7775, 1907: 8524 + 749; Abmeldungen 1906: 8775, 1907: 10 369 + 1264; der sonstige Abgang betrug 1906: 794, 1907: 920 + 154. Aus obigen Zahlen ist aber auch zu sehen, daß sich die Mitglieder ihrer Pflichten bezüglich der An- und Abmeldungen etwas mehr bewußt geworden sind. Zimmerin gibt es noch viel Mitglieder, die sich erst nach Wochen, ja manchmal nach Monaten anmelden und das Abmelden dann überhaupt vergessen. Hier muß es zunächst Aufgabe der Bauleitenden sein, die Mitgliedsbücher auch bezüglich der An- und Abmeldung zu kontrollieren. Dann könnte aber auch der Hauptvorstand bei Ausstellung der Reiselegitimationen einen gewissen Druck ausüben; denn wir haben Reiselegitimationen gesehen, deren Inhaber sich in acht bis zehn Orten an- aber nirgends abgemeldet hatten. Es würde sich überhaupt empfehlen, Bestimmungen zu treffen, wonach solchen Mitgliedern die Unterstützung entzogen werden kann, damit sich wenigstens die reisenden Mitglieder an Ordnung gewöhnen. Ein weiterer Uebelstand ist es, daß es trotz aller Kritik immer noch eine ganze Anzahl von Mitgliedern gibt, die abreisen, ohne ihren Kolnirer die schuldige Miete zu zahlen. Hier im Industriegebiet, wo es so schon mit dem Logiswesen äußerst schlecht bestellt ist, wird es den erfindlichen Kollegen durch das Gebahren dieser Leute noch mehr erschwert, ein anständiges Logis zu erhalten. Außerdem wird aber auch das Ansehen der Organisation durch diese Kollegen geschädigt.

Die Zahl der Zweigvereine betrug am Jahreschlusse 22. Hierfür ist als Zahlstelle dem Zweigverein Hagen angegliedert worden; neue Zweigvereine wurden nicht gegründet. Die Versuche, die Arbeiter der Zementindustrie zu organisieren, sind bisher leider noch recht wenig Erfolg gewesen. Umföhrer Veranlassung haben die Zweigvereinsvorstände, ihr Augenmerk besonders auf diese Gruppe zu richten. Die Zahl der Friesenlegerektionen hat sich um zwei, nämlich Hamborn und Samna, vermehrt.

Die Agitation war auch im Berichtsjahre äußerst reg. Außer dem Flugblatt des Hauptvorstandes sind vom Gauvorstand herausgegeben: ein italienisches, ein holländisches Flugblatt, eins für Friesenleger, eins für Zementierer und eins für Fabrik- und Zechenarbeiter. Nach der Verbreitung des Flugblattes des Hauptvorstandes wurde im Herbst wurden in allen Zweigvereinen und Zahlstellen außerordentliche Mitgliederversammlungen vom Gauvorstand arrangiert. Im ganzen haben stattgefunden 1304 Mitglieder- und 47 öffentliche Versammlungen; 412 Sitzungen der Zweigvereinsvorstände und 138 Versammlungen seitens der Revisionen. In den Zweigvereinen Lippstadt, Münster, Rheine und Soest konnte in einer ganzen Anzahl von Zahlstellen war es nicht möglich, auch nur eine Versammlung abzuhalten, da uns Lokale nicht zur Verfügung standen. Die Zahl der öffentlichen Versammlungen ist darum so gering, weil sich herausgestellt hat, daß diese einen agitativen Wert nicht mehr haben. Sie waren

größtenteils schwächer besucht als die Mitgliederversammlungen. Vorstandssitzungen haben in den meisten Zweigvereinen regelmäßig alle 14 Tage stattgefunden, in einigen jedoch nur einmal im Quartal. Die Zahlstellen können sich größtenteils noch nicht an regelmäßige Vorstandssitzungen gewöhnen. Daß die Revisionen wiederum nicht ihrer Pflicht genügt haben, beweist die geringe Zahl der dargelegten Revisionen. Meistens wird nur nach Fertigstellung der Quartalsabrechnungen revidiert und dann erscheinen häufig auch nur einzelne der Revisionen. Die Mahnung an diese, es etwas ernster mit ihren Pflichten zu nehmen, muß deshalb nachdrücklich wiederholt werden.

Daß die Mitglieder aus der Auspörrung 1905 und aus den Vorbereitungen des „Arbeitsgeberbundes“ gelernt haben, geht aus den Finanzverhältnissen der Zweigvereine hervor. Der Kassenbestand der Lokalkassen am Schlusse des Jahres 1906 betrug M. 28189,44, die Einnahme im Berichtsjahre M. 96 649,41, die Ausgaben M. 78 173,14 und der Bestand am Jahreschlusse M. 46 120,92; das ist also ein Mehr von M. 18322,58. Die meisten Zweigvereine erheben jetzt einen Lokalaufschlag von 10 1/2 %. Nur Westfälischen, Hörde, Lünen, Soest und Unna erheben noch 5 1/2 %, während es die kleinen Zweigvereine Bielefeld, Lippstadt, Bieleberg, Rheine, Westf. und Witten noch bei dem alten Modus der Kassenveranlagung belassen haben.

In Korrespondenzen gingen 1073 ein und 1355 aus. Der „Arbeitsgeberbund“ für das Baugewerbe hat auch im verlaufenen Jahre auf alle mögliche Art seine Position zu stärken gesucht, und dies ist ihm, wenn auch häufig mit recht eigenartigen Mitteln, gelungen. Versteckte Einheitspreise für die einzelnen Orte, Verträge mit dem Ziegeleisindikat, dem Zementindikat, den Baumaterialienhändlern usw. sichern den Mitgliedern und auch der Bundeskasse ganz bedeutende Vorteile. So ging eine Notiz durch die Zeitungen, wonach die Orisgruppe Eidenbüchel, die auch Einheitspreise festgelegt hat, beschloßen haben soll, daß jeder Unternehmer, der statische Arbeiten ausführt, verpflichtet ist, ein Prozent des Gesamtbetrages an die Bundeskasse abzuführen. Also, auf Kosten der Steuerzahler füllen die Unternehmer ihre Bundeskasten! (Die Sache muß wahr sein, denn man hat unsere Notiz in Nr. 50 nicht gebracht, die Redaktion.)

Nach einigen Jahren des Friedens wird nun ein Jahr des Kampfes folgen, denn die Unternehmer wollen den Kampf. Nun, sie werden uns auf dem Posten finden. Sie werden aber auch die Lauen in unseren Reihen wieder aufrichten und selbst dem Differenzstellen die Notwendigkeit der Organisation vor Augen führen.

Die Abrechnung der Kasse ergibt folgendes Bild:

Einnahme.		
Kassenbestand vom vorigen Jahre	M.	2977,57
Von der Hauptkasse aus Grund des Status	"	5770,15
Für die Streikleitung zurück	"	431,40
Beiträge der Zweigvereine	"	2157,15
Drucksachen usw.	"	938,48
<b>Summa</b>	<b>M.</b>	<b>12274,70</b>
Ausgabe.		
Beamtengeld	M.	2159,77
Entgangener Arbeitsverdienst	"	318,89
Däten	"	1565,90
Fahrtgeld	"	986,50
Bureaumiete, Heizung, Licht usw.	"	357,57
Drucksachen	"	532,29
Porto und Schreibmaterial	"	158,87
Zeitungen, Versicherungsbeitrag, Entschädigung des Kassierers, Agitationsaufschlag	"	472,66
<b>Summa</b>	<b>M.</b>	<b>6547,38</b>
<b>Ab sch Lu ß.</b>	<b>M.</b>	<b>12274,70</b>
<b>Ausgabe</b>	<b>M.</b>	<b>6547,38</b>
<b>Kassenbestand</b>	<b>M.</b>	<b>5727,32</b>

Davon per Bank belegt M. 8700.

F. Kahl, Vorsitzender. F. Pfaffenberg, Kassierer.  
Die Revisionen:  
Berthold Gottschalk, Ludwig Wolf, Gustav Puls.

## Berichte.

### In eigener Sache.

In der Nr. 8 des „Zimmerer“, vom 22. Februar dieses Jahres, wird unter der Überschrift „Kolnigen und Gassen“ und der Stichmarke „Ileber Karlsruherhandlungen“ ein Bericht des „Hamburger Echo“ vom 13. Februar dieses Jahres abgedruckt, der in bezug auf einen Antrag der Maurer und Bauführer, betreffend Verlegung der Arbeitszeit in mehreren Städten Mitteldeutschlands (in dem Organisationsbezirk des Mitteldeutschen Arbeiterverbandes für das Baugewerbe), die nacheinander bestrittenen und unbestreitbaren Tatsachen mitteilt. Der Zentralverband der „Zimmerer“ hat sich diesem Antrage leider nicht angeschlossen.

Der „Zimmerer“ zieht aus dieser Mitteilung folgende Schlussfolgerung: „Der Bericht dürfte von einem an jenen Verhandlungen Beteiligten verfaßt sein, der ein Interesse daran hat oder ein Vergnügen daran findet, die „Zimmerer“ durch die Gasse zu schleifen“, um dann fortzufahren: „Es ist sehr bedauerlich, daß sich unsere Parteipresse dazu gebrauchen läßt.“

Um die angebliche „Verunglimpfung der Zimmerer“ noch schärfer zu brandmarken, argumentiert der „Zimmerer“ weiter wie folgt:

„Daß der Zentralverband der Zimmerer — der gar nicht in Frage kommt, sondern nur eine Anzahl seiner Zahlstellen — sich dem Antrage der Maurer und Bauführer nicht angeschlossen hat, hat seine Gründe, die der Verfasser jenes Berichtes im „Hamburger Echo“ zweifellos kennt; wiewohl er trotzdem ignoriert, so verrät er damit nur seine oben ange deutete Absicht.“

Als Verfasser der beanstandeten Notiz des „Hamburger Echo“, kann ich mit gutem Gewissen erklären, daß

die Schlussfolgerung des „Zimmerer“, objektiv un wahr ist. Der Verfasser der „Gassen“ im „Zimmerer“ hat sich entweder von irrlichen Vermutungen oder von Missionen leiten lassen, zu welchen ich ihm zu keiner Zeit den geringsten Anlaß gegeben habe.

Den erwähnten „Gassen“ in Nr. 8 des „Zimmerer“ ist folgende Nachschrift angehängt:

„Der Grundstein“ spinn in seiner heutigen Nummer den Faden des „Echo“-Berichtes weiter. Damit dürfte die Quelle entbedt sein, aus welcher die Verunglimpfungen der Zimmerer in der Parteipresse stammen. Aber auch der Zweck dieser Verunglimpfungen wird nun ersichtlich. Sauer ist er nicht!“

Diese Nachschrift enthält eine so schwere Verächtigung meiner Person, daß ich sie an dieser Stelle nicht zu treffend charakterisieren kann. Das darf ich aber sagen: Der Wortlaut der Nachschrift ist un wahr und ihre Verbeugung ist höchst ansehnlich. Ansehnlich insofern als der Redakteur des „Zimmerer“ bei der Schlussfolgerung vor der Drucklegung seines Blattes unbedachtlicher Weise Einseitigkeit nahm in ein für den Revisor hergestelltes Exemplar des „Grundstein“, und dann einen noch nicht veröffentlichten Artikel zum Gegenstand einer Polemik machte. Un wahr insofern, als der Verfasser der Nachschrift einen völlig unanfechtbaren Satz des „Grundstein“-Artikels seinen Lesern als eine weitere Verunglimpfung der Zimmerer benutzte. Der die Zimmerer angeblich verunglimpfende Satz im „Grundstein“ lautet:

„Von den materiellen Fragen fand die Arbeitszeitverkürzung in dem Vordergrund. Hier ist zunächst eine Dissonanz zwischen den Arbeiterorganisationen selbst zu erwähnen: Während die Verbände der Maurer, der Baugewerblichen Hilfsarbeiter und der christlichen Baugewerblichen und Bauführer (leider auch für die ihm angehörenden Zimmerer) in den Arbeitsbezirken Frankfurt, Offenbach, Hanau, Höchst, Mainz, Darmstadt, Mannheim-Ludwigshafen, Wiesbaden und Gießen die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden fordern, nimmt der Zimmererverband hiervon Abstand. Im Prinzip ist ja auch der Zimmererverband für die Verkürzung der Arbeitszeit, aber aus Opportunismus (des geringen Lohnes wegen) glauben seine Vertreter die Forderung nicht erheben zu dürfen. Nun ist ja gewiß der Lohn in Frankfurt und den anderen in Betracht kommenden Orten, der durch die jetzigen Forderungen erst von 54 1/2 auf 60 1/2 (in Mannheim-Ludwigshafen 65 1/2) gebracht werden soll, viel zu niedrig, nichtbestimmender ist aber die Arbeitszeitverkürzung eine unabweisbare Notwendigkeit; wenn irgendwo, dann ist sie gerade in den in Rede stehenden Bezirken infolge der ganz eigenartigen Verhältnisse begründet. Für die Unternehmervertreter war dieser Zweifelpunkt unter den Arbeitern, der sich leider auch noch in einigen anderen Punkten bemerkbar machte, und der, wie es scheint, andernorts seine Fortsetzung findet, gewiß nicht unbedachtlich; aber grundlegend für die Verkürzung der Arbeitszeitverkürzung ist dieser Zweifelpunkt nicht.“

Das ist die Wahrheit; denn es ist nur die Konstatierung einer Tatsache und die kurze, aber zutreffende Wiedergabe des Grundes, den der Vorsitzende des Zentralverbandes der Zimmerer für den Standpunkt seiner Organisation angegeben hat. Von diesem Ausschnitt meines Artikels teilt der „Zimmerer“, seinen Lesern in Wort mit, obwohl er gerade in diesen Sätzen meinen „unabweisbaren Zweck“, die Zimmerer zu „verunglimpfen“, gefunden haben will.

Gleich nachdem mir die Nr. 8 des „Zimmerer“ zu Händen kam, habe ich im „Hamburger Echo“ die „Zimmerer“ aufzuklären versucht, und ich habe geglaubt, der „Zimmerer“ würde nun seine verkehrten Mutmaßungen korrigieren und seinen Lesern davon Kenntnis geben. Dies hat aber die Redaktion des „Zimmerer“ nicht nur nicht für nötig gehalten, sondern sie hat mich aufs neue, und daneben das Hamburger Parteiorgan, auf die boshaftigste Weise beschimpft. In der Nr. 9 des „Zimmerer“, wiederum unter „Notizen und Gassen“, heißt es:

„Die Verunglimpfung der Zimmerer in der Parteipresse ist das Fabrikat von Fritz Raepfow, Redakteur des „Grundstein“. Er beteuert sich im „Hamburger Echo“ Nr. 43 vom 20. Februar d. J., zweite Beilage, selbst als den Verfasser. Schön! Damit wäre ja die uns bereits in Frankfurt a. M. signalisierte Möglichkeit einer umfangreichen öffentlichen Auseinandersetzung mit ihm begu, mit seinem spiritus rector gegeben. Vielleicht lauert er schon darauf. Er muß aber noch eine Weile warten, selbst dann, wenn er seine traurige Sache fortsetzt und die Redaktion des „Hamb. Echo“ ihm auch fernherhin den Raum zu seinen Ungereimtheiten zur Verfügung stellt. Vor der Hand stehen wir vor einer Periode gewaltiger Abwehrkämpfe, die die ganze Kraft erfordert, da bleibt keine Zeit übrig, um auf Raepfows Stänkereien einzugehen.“

In einer Fußnote hierzu wird gesagt: Raepfow genießt, wie es scheint, im „Hamburger Echo“ eine Art hiehermännische Verleumdungsfreiheit.“

Auch diese Verleumdung kann ich an dieser Stelle nicht zutreffend charakterisieren.

Alledem gegenüber beschränke ich mich heute darauf, festzustellen:

Es ist un wahr, daß ich die Zimmerer verunglimpf habe.

Es ist un wahr, daß ich die Absicht, oder ein Interesse, oder ein Vergnügen daran habe oder gehabt hätte, die Zimmerer „durch die Gasse zu schleifen“.

Es ist un wahr, was der „Zimmerer“ in der Nachschrift zu den Gassen in Nr. 8 behauptet.

Es ist un wahr, daß ich auf eine Auseinandersetzung, wie in Nr. 9 des „Zimmerer“ angedeutet wird, lauere.

Es ist un wahr, daß ich einen „spiritus rector“ dem Schreiber der Gassen zu einer solchen Annahme Anlaß gegeben habe.

Es ist endlich un wahr, daß ich im „Hamburger Echo“ eine „traurige Sache“ vertreten und „Ungereimtheiten“ und „Stänkereien“ verbreiten hätte.

Fritz Raepfow.

## An die Zweigvereine!

Zur Veranschaulichung einiger Einträge, gebrauchten wir folgende Nummern des „Grundstein“ vom Jahrgang 1902: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 20, 23, 27.

Wir bitten die Vorstände, in ihren Schriften und Archiven nachzusehen, ob sie noch welche von diesen Nummern haben, und wenn das zutrifft, sie uns gut verpackt zu übergeben.

Mit kollegialem Gruß

Der Verlag des „Grundstein“.

## Angetretener Kassierer.

Der Kassierer Jakob Strotzner aus Kaiserlautern wurde wegen Unterzählung von Verbandsgeldern, im Verlage von A. 93, die er für seine Person verwendete, zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt.

**Gau Leipzig.** (Konferenzbericht.) Am 16. Februar fand in Leipzig die diesjährige Gaukonferenz statt. Erschienen waren 104 Delegierte aus 98 Mitgliedsvereinen, Kollege Böhm als Vertreter des Verbandsvorstandes und Kollege Frey-Galle, Gauleiter des Bauhilfsarbeiterverbandes, als Gast. Der Gauvorsitzende, Kollege Jacob, gab den Bericht, von dem das Wichtigste schon im „Grundstein“ veröffentlicht worden ist. Zum Hauptbericht bemerkte Kollege Jacob, daß die Gaueinträge allgemein gut gegolten worden seien. Die Kassenverhältnisse sind gut, so daß wir auf die 1½ pro Markte, die dem Gau von der Hauptkasse zur Verfügung stehen, verzichten konnten, was bis jetzt circa A 25.000 beträgt. In der Diskussion sprach sich Betzel-Weidau über die Gründung von Mitgliedsvereinen im oberen Erzgebirge und im Vogtlande aus; er wünschte, daß die einzelnen kleinen Orte den größeren Städten behufs besserer Bearbeitung zugeordnet würden, weil es dort oft an geeigneten Kollegen fehle. Kollege Schirach-Plauen war mit der Art der gegenwärtigen Agitation nicht zufrieden; den Mitgliedsvereinen müßten vom Gauvorstand mehr Gelder zur Agitation zur Verfügung gestellt werden. Baum-Delisch wünschte Spezialisierung der Massenarbeit nach Bezirken und bemängelte das Verhalten des Gauvorstandes in Sachen der in Leipzig beschäftigten gewerkschaftlichen Kollegen. Kober-Galle führte aus, daß der Gauvorstand allein nicht in der Lage sei, alle Agitation zu betreiben; es gehöre zur Aufgabe der einzelnen Zweigvereine, selbst mehr für die Kleinarbeit zu tun. Daß die Gelder zur Agitation in den Zweigvereinen zugereicht haben, wurde dadurch bewiesen, daß Anträge auf Unterstützung für Agitation ausgedrückt Gelder an den Gauvorstand nicht gestellt worden sind. Wiegelb-Maumburg erklärte, daß infolge des Streiks nicht genügend Geld in der Kassa für die Kleinarbeit vorhanden sei, um die Gaueinträge zu bezahlen. Infolgedessen könne man auch die Agitation nicht allein auf Kosten der Zweigvereine betreiben. In seinem Referat über Agitation betonte der Gauvorsitzende, daß die Erfolge in diesem Jahre ganz von der Bautätigkeit abhängen. Jedenfalls dürfe man sich bei der Kleinarbeit in der Agitation nicht so sehr auf den Gauvorstand verlassen. Das Erzgebirge werde besonders berücksichtigt werden müssen. Das ganze Schwerkgewicht der Agitation müsse auf die Erhaltung des Mitgliederbestandes, gelegt werden. Er wies auf den von Baum-Delisch gemachten Vorwurf zurück und meinte, die Deligierten Kollegen hätten keine Ursache, sich über den Gauvorstand zu beschweren. Baum habe es ja nicht einmal für notwendig gehalten, bei der Lohnbewegung den Gauvorstand zu Rate zu ziehen. Der Ausgang der Lohnbewegung beweise nur Genüge, daß es besser gewesen wäre, wenn der Gauvorstand dabei mitgewirkt hätte. Betzel-Weidau wünschte die Einteilung der Interessengebiete für die Städte Chemnitz, Weidau und Plauen. Koch-Weizig stellte die Ausführungen von Baum bezüglich der Deskau Kollegen richtig. Kollege Böhm erinnerte daran, daß es die Deligierten Kollegen gewesen sind, die Beschlüsse gegen die Zahlung der Verträge, gefaßt haben. Bezüglich der Abführung der Gelder an die Hauptkasse solle streng nach dem Statut verfahren werden. In den vorgelassenen Unterhaltungen trage der Verband und Gauvorstand keine Schuld, sondern die mangelhafte Kontrolle, die von den Revisoren an den einzelnen Orten geübt werde. Unter keinen Umständen dürften größere Summen erst am Quartalschluß abgeführt werden. In Orten, wo Bantien bestanden, sollte man ein Bantion anlegen. Ferner sei es notwendig, daß die Gauvorstände die Orte, wo die Abrechnungen und Gelder nicht pünktlich und regelmäßig abgegeben werden, öfters aufsuchen. Die Klage der Revisor Kollegen sei ganz unangebracht. Der Gauvorstand habe richtig gehandelt, daß er die gewünschten A 60 nicht nach dort geschickt hat. Wenn die Mitgliedschaften mit den bisherigen Einnahmen nicht ausreichen, so sollten sie von dem § 20 des Statuts (Erhebung von Lokalzuschlägen) Gebrauch machen. Ueber die Agitation im Gau gebe die Entwidlung des Verbandes genügend Aufklärung. In Weidau und Chemnitz seien gute Fortschritte gemacht worden; dort habe man auch Einfluß gewonnen, während die in Plauen gemachten Fortschritte nicht gerade aufzufriedenstellend seien. Gewiß sei es wünschenswert, daß es bezüglich der Organisation im Erzgebirge besser wird, aber dies Gebiet könne auch nicht im Sturme genommen werden. Die Fortschritte in der Agitation hingen wesentlich von der allgemeinen Wirtschaftslage ab. Da wir uns jetzt in der Krise befinden, müsse besonders auf die Erhaltung des Mitgliederbestandes geachtet werden. In nächster Zeit gelange wieder ein Flugblatt zur Ausgabe, dessen allerbeste Verbreitung beständige Pflicht aller Zweigvereine sei. Kollege Werthold wandte sich gegen eine weitere Spezialisierung der Kassenverhältnisse; zu verschiedenen Gabe es nichts, die Abrechnungen würden nach einem im Verband üblichen Schema aufgestellt. Das werde auch in Zukunft so bleiben. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt. Ueber den Punkt „Lohnbewegung“ referierte Kollege Jacob. Er führte aus, daß bis jetzt verhältnismäßig wenig Lohnbewegungen angemeldet seien. Die Verträge sind von den Unternehmern in Leipzig und Mittelhessen gekündigt worden. Uebersuchen lasse sich noch nicht, ob sich die diesjährigen Lohnbewegungen auf

breiterer Grundlage abspielen würden. Notwendig sei, daß sich die Mitgliedschaften, die im vergangenen Jahre Lohnbewegungen gehabt haben, für dies Jahr etwas Mehrere auferlegten. Weiter gab dann noch Aufklärung über die Statistik bei den zu erwartenden Lohnbewegungen und beschrieb hauptsächlich die Vorarbeiten dazu. Kollege Böhm sprach sich in demselben Sinne aus. Frey-Galle (Gauleiter der Bauhilfsarbeiter) wünschte, daß bei den künftigen Lohnbewegungen der § 1 des Statuts (Erhebung von Lokalzuschlägen) nicht in Betracht kommen solle. Er führte weiter Beschwerde gegen die Orte, die gegen diese Bestimmungen verstößen haben. Von den eingegangenen Anträgen fand eine Annahme, wonach die Gaukonferenzen auf zwei Tage angesetzt werden. In dem Gauvorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Jacob als Vorsitzender, Werthold als Kassierer; Koch, Kiehl und Siefert als Revisoren. Zu Revisoren wurden die Kollegen Buch, Bannert und Giebt bestimmt.

NB. Der Delegierte A. Gortwig aus Merseburg gab, da er auf der Konferenz nicht zu Worte gekommen ist, nachstehendes zu Protokoll: „Die Maurer von Halle, die freistellen, um für sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, kamen zu uns und arbeiteten 12 bis 15 Stunden täglich. Der frühere Vorsitzende von Halle (Geisert) arbeitete ständig überstunden. Als sie über ihr Verhalten zur Rede gestellt wurden, erklärten sie, die Verwaltung des Zweigvereins Halle erlaube ihnen, sobald sie auswärts seien, die Überstundenarbeit. Auch den in Merseburg üblichen Beitrag von 50 S. zahlten sie nicht; sie erklärten, wenn sie außerhalb arbeiten, brauchen sie in Halle nur 35 S. Beitrag zu zahlen. In dem hiesigen Bezirk war bis jetzt noch nie in Accord gearbeitet worden. Es war den streikenden Maurern von Maumburg und einigen Kollegen von Hamburg und Weissenfels vorbehalten, die Accordarbeit hier einzuführen. Ueberstunden werden auch von diesen Kollegen gearbeitet. Im Zweigverein Merseburg besteht der Beschluß, wer Überstunden oder in Accord arbeitet, wird ausgeschlossen.“

**Gau Mannheim.** (Konferenzbericht.) Am 18. Februar tagte im Möhrleinschen Lokal in Karlsruhe die Konferenz für den Gau Mannheim. Anwesend waren aus 14 Zweigvereinen 27 Delegierte. Die Zweigvereine Elmstein und Lambrecht waren nicht vertreten. Der Gauvorstand war durch 4 Mitglieder und der Verbandsvorstand durch den Kollegen Silberbach vertreten. Als Gäste nahmen an den Verhandlungen teil: von den Bauhilfsarbeitern Genosse Fischer-Mannheim, Gau Frankfurt Kollege Delp, Gau Straßburg Kollege Boigt und aus der Schweiz Kollege Kappeler. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Hörter-Mannheim und Philipp-Karlsruhe als Vorsitzende und Bernhard-Förzheim als Schriftführer bestimmt. Den Bericht des Gauvorstandes für die Geschäftsjahre 1906/07 erstattete Kollege Hörter. Die Entwidlung des Gaues ist im letzten Jahre nicht in der Weise vor sich gegangen, wie wir das im Jahre 1906 erwartet hatten. Die Gründe hierfür sind in dem Zurückgehen der Bautätigkeit zu erblicken, wovon einzelne Städte stark getroffen wurden. Die Zahl der neu aufgenommenen Mitglieder betrug 1907 4368 gegen 19102 im Jahre 1906. Seit dem Jahre 1901, also seit Gründung des Gaues, hatten wir 32746 Neuaufnahmen gemacht; 12.000 Mitglieder zählte der Gau am letzten Jahresabschluß, es sind somit mehr als 20.000 Mitglieder verlorengegangen. Dieser Verlust wird in der Hauptsache durch die Italiener verursacht sein, die bis jetzt immer noch Durchzügler geblieben sind. Natürlich trifft das auch auf viele deutsche Maurer zu. Es wird noch viel zu wenig auf die Rekrutierung eingewirkt. Die Zweigvereine müssen mehr auf die Stärkung ihrer Lokalitäten bedacht sein. Durch Erhebung von Lokalzuschlägen kann der stetigen Gefährdung in den Lokalitäten am besten begegnet werden. Der Gauleiter gegenüber müssen die Zweigvereine besser ihre Pflicht erfüllen; denn sie sind für in den letzten drei Jahren A 1138,69 schuldig geblieben. Der Bericht freilich soll die Gehaltsfrage, die in einzelnen Zweigvereinen oft zu recht wilden Debatten Veranlassung gab und womit man den Beamten ihre ganze Arbeit geradezu verleihe. Eine recht unliebsame Erscheinung sind die vielen Unterhaltungen. Bei Betrachtung der einzelnen Fälle muß man sich doch sagen, daß die Zweigvereine und Zahlstellenvorstände nicht immer ganz ihre Pflicht erfüllt haben. Die Revisoren müssen in eingehender Weise über ihre Aufgaben unterrichtet werden. Deren Unkenntnis des Massenwesens bietet nicht selten dem Betrüger die Möglichkeit, irgend welche Schiebung zu machen. Nachdem der Gauleiter, Müller-Mannheim, den Massenbericht gegeben hatte, wurde in die Diskussion eingetreten. Schrotz schilderte die Verhältnisse im Saargebiet und wünschte, daß dies Gebiet auch ferner im Auge behalten werde. Vielfach gehe die Fühlung mit den neu aufgenommenen Kollegen verloren, da sie in den Sommermonaten in anderen Gegenden arbeiten. In darauffolgenden Winter müßten die Kollegen dann in der Regel wieder frisch dem Verbande zugeführt werden, wodurch die ganze Arbeit sehr erschwert werde. Die Krise habe auch bereits im Saargebiet ihren Einzug gehalten. Jakob-Mannheim ging in längeren Ausführungen auf den in Nr. 5 des „Grundstein“ veröffentlichten Jahresbericht des Gauverbandes ein, soweit er sich mit seiner Person befaßt. Aus den Darlegungen Jakobys selbst und den Ausführungen Hörter war für alle Konferenzteilnehmer klar ersichtlich, daß bei den ganzen Zersäuerungen im Zweigverein Mannheim nicht schädliche, sondern lediglich persönliche Momente ausschlaggebend waren. Kollege Kiehl-Karlsruhe befürwortete einen Antrag, wonach die Revisoren alljährlich in der Aufstellung sowie in der Revision von Abrechnungen unterrichtet werden sollen. Der Antrag wurde dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Kollege Hörter ging im Schlußwort auf einige Einwendungen ein und ver sprach die Herausgabe eines Flugblattes, das für die Rekrutierung bestimmt sein soll. Ueber den zweiten Punkt, Lohnbewegung und Agitation, referierte Hörter. Er gab einen Rückblick auf die Kämpfe in den letzten Jahren, durch die wir Lohnverbesserungen von 6 S bis 20 S pro Stunde erreichten. Allerdings mußten diese Errungenschaften oft teuer erkämpft werden. Seit dem Jahre 1903 verfahren die

Lohnbewegungen an Hauptkassengeldern: A 250.601,80, womit auch zugleich der Wehrer erbracht ist, daß wir aus dem großen Topf in Hamburg immer noch mehr Geld herauskriegen, als von uns hineingezahlt wurde. Im letzten Jahre hatten wir in einigen kleinen Orten recht erhebliche Ausgaben. Jedenfalls müßten wir in Zukunft danach trachten, daß unsere Mitglieder mehr abreifen; denn die Kraft unseres Verbandes habe von jeder bei den Lohnbewegungen darin gelegen, daß wir unsere Kollegen anderwärts unterbrachten. Sollten die Kollegen eine Verbesserung ihrer Existenz, dann hätten sie auch Opfer zu bringen. Die Zweigvereine müssen es unterlassen, auf eigene Faust loszugehen und so den Gauvorstand oft vor fertige Tatsachen zu stellen. Die Lohnbewegungen in diesem Jahre brachten infolgedessen schon eine Abkantung, daß diesmal nicht wir, sondern die Unternehmer auf der ganzen Linie zum Angriff vorgehen. Sie benutzen dazu die Krise, die Zeit der größten Not unter der Arbeiterklasse. Weiter besprach dann das Betrugsmuster, das in seiner vorgelegten Form unannehmbar sei. Bekarnten die Unternehmer darauf, dann sei ein Vertragsbruch unmöglich; denn wir würden dadurch unsere bisherigen Erfolge vollständig aufheben. Wir wollten aber nicht nur das alte erhalten, sondern noch neue Verbesserungen erringen. Die Unternehmer wollten uns in diesem Jahre nur erst die Züge zeigen, der Hauptcoup soll 1910 erfolgen. Doch sie mögen sich's gesagt sein lassen, daß auch wieder andere Zeiten kommen, und daß ausgeschoben nicht aufgehoben ist. Was die Agitation anbelangt, so soll als Grundlag gelten: weniger reden und mehr arbeiten. Unsere Erfolge beweisen, daß ich die feitherrigen Mittel bewahrt habe. Die intelligenten Mitglieder müssen mehr um das Organisationsleben kümmern. Die Agitation unter den Italienern kostete uns im vergangenen Jahre A 1200; aber wir würden in der Folgezeit noch mehr hinter ihnen her sein müssen. Ein großer Mißstand ist es, wenn sich die Zweigvereine immer auf den Gauvorstand verlassen; sie müssen selbstständig arbeiten. Viel Schwierigkeiten in der Agitation bereiten die Diebarger Maurer. Wo sie auftauchen, beschaffen sie die Arbeitszeit zu verlängern; es scheint, als seien diese Leute mit Vernunftgründen nicht zu gewinnen. Auch in diesem Jahre sollen wieder Massenveranstaltungen arrangiert werden, wozu ein Austausch der Maurer stattfinden soll. Bei latragtem Zusammenarbeiten müßten wir auch in diesem Jahre vorwärts kommen. Kollege Philipp verteilte einen vom Zweigverein Karlsruhe gestellten Antrag, wonach im Frühjahr und Herbst in allen Zweigvereinsgebieten Massenversammlungen stattfinden sollen; die Kosten sollen die größeren Zweigvereine selbst für die übrigen soll sie die Gaukasse tragen. Karlsruhe habe damit Erfolge gehabt. In diesen Versammlungen könnten im Frühjahr die Lohn- und Hausagitation, Delp aus Darmstadt besprach, die Verhältnisse in Dieburg und G. Zimmermann. Es gäbe gewiß in diesen Orten viele tüchtige Kollegen, die schon vieles für den Verband getan hätten, aber leider träge die nicht auf die Mehrzahl zu. Von circa 450 in Dieburg wohnhaften Maurern arbeiten im Gau Frankfurt etwa 200 in Darmstadt durchschnittlich 15 bis 20; der größte Teil arbeitet auswärts, so haben wir über diese Leute gar keine Kontrolle. Vor ihren Frauen, die in der Woche von dem Mann in bekannter Weise scharf gemacht werden, finden sie zusammen wie ein Rachenmaffer, obwohl der bürgerliche Menschenschlag gerade nicht schwächlich sei. Zur Vertiefung der geschiederten Mischlande machte Delp den Vorschlag, es möge ihm jedesmal sofort mitgeteilt werden, wo diese Kollegen arbeiten, er würde dann geeignete Maßnahmen treffen. Kollege Silberbach sprach energisch für bessere Organisation des Abreisens bei Lohnbewegungen. Es würde demoralisierend, wenn Kollegen Unterführungen erhalten, die ihnen nach dem Statut nicht gebühren. Der Zeitgehalt der diesjährigen Bewegungen müßte sein: jede Verschlechterung hintangehalten. Darin bestünde die Hauptarbeit in den nächsten Jahren. Die Unternehmer wollten Kasse dafür nehmen, daß die Arbeiter gewagt haben, an dem Streikrecht zu rütteln. Die Lohnfrage sei nicht nur eine materielle, sie sei auch eine ethische und kulturelle Frage, eine Frage der Entwidlung der Menschheit. Für die Unternehmer gibt es freilich keine Ethik in der Arbeiterbewegung. Gegen die russischen Zersäuerungen der Unternehmer müßten wir mit allen verfügbaren Mitteln ankämpfen. Am Schluß seiner interessanten Ausführungen sagte Kollege Silberbach, daß die Selbstständigkeit, die Hauptursache der Krise im Vauverbe, bereits ihren Höhepunkt überschritten habe. Man solle deshalb mit dem alten Vertrauen weiterarbeiten. Der Antrag von Karlsruhe, betreffend Massenveranstaltungen, wurde einstimmig angenommen, ebenso der Vorschlag des Kollegen Delp. Der Gauvorstand wurde ermächtigt, nach Bedarf Zusammenkünfte der Rekruten abzuhalten, woran auf Anregung des Kollegen Boigt auch die Rekruten des Gau-Straßburg teilnehmen sollten. Ein paar andere Anträge wurden teils dem Gauvorstand, teils den betreffenden Zweigvereinen zur Erledigung überwiesen. Dem Gauleiter wurden A 100 als Entschädigung bewilligt. Auf einen entsprechenden Antrag sprach die Konferenz den Wunsch aus, daß die Vorsitzenden der Zweigvereine, sofern sie nicht als Delegierte gewählt wurden, zur Information zu den Gaukonferenzen geschickt werden. Ferner erklärte sich die Gaukonferenz damit einverstanden, daß ein besonderes Sauregulativ in Zukunft nicht mehr herausgegeben wird. Die Massen ergaben folgende Zusammenfassung des Gauverbandes: A. Hörter, Vorsitzender; Aug. Müller, Kassierer; Kamp, Eberle und Schent, Revisoren, und Niederwieser, Fischer und Bonner, Revisoren. Damit hatte die Konferenz ihre Arbeiten erledigt. Nach einem fernigen Schlußwort des Kollegen Philipp, das in den Wunsch ausklang, die Kollegen möchten sich die heutigen Verhandlungen zur Richtschnur bei ihrer Tätigkeit dienen lassen, wurde die Tagung um 6 Uhr Abends geschlossen.

Nr. 10.

**Gau Stuttgart.** (Konferenzbericht.) Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10½ Uhr, traten die Delegierten der Zweigvereine des Gaues in Stuttgarter Gewerkschafts-

hause zur dritten ordentlichen Gaufonferenz zusammen. Eingeladen hatten sich 37 Vertreter von 20 Zweigvereinen. Die Zweigvereine Altmberg und Zuffingen hatten eine Umkleidung der Konferenz nicht für nötig gehalten, ein Umkleid, der die Leitung dieser Vereine in seinem günstigen Licht erscheinen läßt. Der Gauvorstand war durch sämtliche Mitglieder vertreten, der Gauvorstand durch den Kollegen Silberhüdt-Berlin. Gäste waren anwesend von den Zweigvereinen Göttingen, Heilbronn, Forchheim, Stuttgart. Auch die Zimmerer Stuttgart hatten ihren Bescheidenden entsandt. Zu Punkt 1. Geschäfts- und Kassenbericht verlies der Gauvorstand die Stelle auf die im „Grundstein“ veröffentlichten Jahresberichte für 1906 und 1907 und erläuterte Johann an der Hand dieser Berichte die Hauptpunkte, aus denen hervorgeht, daß wir uns seit der Gaugründung im Herbst 1901 ständig in aufsteigender Richtung bewegen. Wohl hat die schlechte Konjunktur des letzten Sommers unseren Vormarsch wesentlich gehemmt, doch ist trotzdem im letzten Jahre eine durchschnittliche Mitgliederzunahme von 708 gegen das Jahr 1906 vorhanden. Als ein erfreuliches Zeichen für eine gesunde Fortentwicklung ist es auch anzusehen, daß nunmehr sämtliche Zweigvereine einen Lokalzuschlag von 5 und 10 % erheben. Die nicht sehr umfangreiche Diskussion ließ erkennen, daß man allgemein mit der Geschäftsführung des Gauverbandes zufrieden war. Demselben wurde denn auch einstimmig Beschlüsse erteilt. Nach einer kurzen Mittagspause erhielt Kollege Silberhüdt das Wort zu einem kräftigen anfeuernden Referat über den zweiten Punkt: Agitation und Lohnbewegung. Die Taktik des beabsichtigten Niedertrittens der Bauarbeiterschaft durch die Unternehmer wurde selbstverständlich ins rechte Licht gerückt. Allgemeiner Beifall folgte den klaren Ausführungen Silberhüdt-Berlins. In der Diskussion, bei der von einer Auflosung angesichts der Niedertritte der Unternehmer nichts zu merken war, wurde für die kommende Zeit noch eine Agitation sowohl unter den künftigen wie statischen Kollegen verlangt. Kollege Stolle erwiderte, daß sogar in allerhöchster Zeit mit einer allgemeinen Flugblattverbreitung unter den deutschen und italienischen Bauarbeitern eingeleitet werde, an welche sich Agitationsveranstaltungen in beiden Sprachen anschließen sollen. Zu Punkt 3. Anträge, wurde beschlossen, die Kontrollkarte auszugeben und in Zukunft nur die Mitgliedsbücher zu kontrollieren. Ein weiterer angenommener Antrag will bei den Delegiertenwahlen auf die einzelnen Lohngebiete sowie die Branchenorganisationen berücksichtigt werden. Der Punkt 4. Wahlen, war rasch erledigt. Zu Referenten wurden, wie bisher, die Referenten des Zweigvereins Stuttgart bestimmt und der gesamte Gauvorstand wurde per Akklamation einstimmig auf die nächsten zwei Jahre wiedergewählt. Mit einem donnernden Hoch auf die Organisation konnte Kollege Baier um 1/2 Uhr die allseitig auf verlaufene Konferenz, die ohne Restauration stattfand, zu allgemeiner Befriedigung schließen.

**Altmberg.** Sonntag, den 23. Februar, referierte hier Genosse Budde aus Widenfeld in einer öffentlichen Versammlung über das Thema: „Die Lohnbewegung der Bauhandwerker im Industriegebiet und die erhöhten Lohnforderungen begründet.“ Der Referent unterzog zunächst das Geheimprotokoll der außerordentlichen Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes im Baugewerbe einer vernünftigen Kritik. Er wies darauf hin, daß auch das Baunternetzwerk international geworden sei, wie aus dem Protokoll hervorgeht, indem Unternehmer aus Ungarn und der Schweiz bei den Verhandlungen zugegen gewesen seien. Auch das Bestreben der Unternehmer, jetzt eine Kraftprobe zu wagen, erfuhr eine eingehende Kritik. Besonders machte Genosse Budde auf die etwaigen daraus für die Unternehmer entstehenden Folgen aufmerksam. Weiter schilderte der Redner in eingehender Weise die gesteigerten Lebensmittelpreise und die der anderen Produkte. Am aber die notwendige Lohnerhöhung für die Arbeiter durchzuführen zu können, sei es notwendig, alle Kräfte zusammen zu fassen, um dem Unternehmertum ein Paroli bieten zu können. Lebhafte Beifall wurde dem Genossen Budde zu teil. In der Diskussion besprach Kollege Weigel die Verhältnisse in Altmberg und übte scharfe Kritik an den vorgenannten Lohnforderungen. Er forderte die Anwesenden auf, jeder an seinem Platte tätig zu sein, um auf diese Weise den Kampf hoffnungsvoll auszufohren und siegreich durchzuführen zu können. Mit einem begeisterten Hoch auf den Zentralverband der Maurer wurde die Versammlung geschlossen. Im Anschluß hieran muß noch das Verhalten der Altmberger Polizei kritisch beleuchtet werden. Nachdem die Versammlung angemeldet worden war, erschien am Tage vor der Versammlung ein Güter des Gefängnis und ersuchte den Wirt Heßcher, uns den Saal zu entziehen. Wir meinen, daß die Altmberger Polizei etwas Besseres tun könnte, als uns fortgesetzt Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Allerdings leben wir ja in einem Lande, der bestenfalls Rechts-garantien!

**Münchberg.** Den Kollegen diene hiermit zur Kenntnis, daß der Kollege Michael Ulrich nunmehr seinen Posten angetreten hat. Das Bureau ist im Mittelbachhof, Jesuitengasse. Dorthin sind von jetzt an alle Schreiben, Mitteilungen, Beschwerden usw. zu richten.

**Bamberg.** Sonntag, den 23. Februar, tagte hier eine Vorstandskonferenz der oberfränkischen Zweigvereine, um zu den heutigen Lohnbewegungen Stellung zu nehmen. Vertreten waren 17 Orte mit 23 Delegierten. Als Gäste waren anwesend: Kollege Schuster aus Karlsbad, Bezirksleiter des oberfränkischen Maurerverbandes, Kollege Hempel aus Frankfurt, Gauleiter des Bauhilfsarbeiterverbandes, Kollege Prohm aus Nürnberg, Gauleiter der Zimmerer, sowie Kollege Hiesler aus Nürnberg. Vorsitzender des dortigen Zweigvereins. Der Gauvorsitzende, Kollege Werfel, eröffnete um 9 Uhr die Konferenz und gab die Tagesordnung bekannt. Nach Wahl des Bureau schiederte Kollege Werfel an der Hand des bekannten Musterarbeits des Baugewerbes des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe. Er führte aus, daß, wenn man den Kardinalpunkt des Vertrags, seine Arbeitszeitverlängerung und seine Lohnherhöhung, völlig außer acht lasse, der Vertrag trotzdem für uns un-

annehmbar sei. Nach den Bestimmungen, Verpflichtung zu sämtlichen Arbeiten, Überstundenarbeit nach Gutdünken der Unternehmer, Einschränkung des Wortes „Müdigkeit“, mühten uns sämtliche Erwerbschaften greifbar und widerstandsfähig vor den Unternehmern abzuwehren. Eine neue Erschließung trete noch bei den Unternehmerorganisationen in Nordbayern zu Tage. Während in den übrigen Landes-teilen unsere Organisation einfach als Musterarbeits vor-gelegt wird, fordern hier die Unternehmer von uns die Vorlage eines Vertragsentwurfes. Dieses Manöver ist ebenso durchsichtig wie plump. Würden wir einen neuen Vertrag vorlegen, so würden die Herren doch nur mit der Vorlage des ihrigen antworten. Der Außenwelt würden sie dann erklären, nur durch die unerschütterlichen Forderungen der Arbeiter wären sie gezwungen, sich durch die Vorlage ihres Vertrags zu schützen. Wir müssen daher die Unternehmer dazu bewegen suchen, daß sie auf Grund der bereits bestehenden Verträge unterhandeln. Redner empfahl zum Schluß den Delegierten, die vorliegenden, vom Gauvorstand verfaßten Grundzüge bei Lohnbewegungen zur Annahme. In der nun folgenden Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit den Ausführungen des Kollegen Werfel einverstanden. Kollege Schuster aus Karlsbad schilderte in längeren Ausführungen die Zustände im Baugewerbe in Österreich, betonte die Fortschritte, die die Organisation dort gemacht hat und erklärte, daß bei Lohnbewegungen in Deutschland der Bezug von Streikbrechern nicht mehr in dem Maße zu befürchten sei wie früher. Bei der Abstimmung wurden die Grundzüge zur Lohnbewegung einstimmig angenommen. Das Referat über den zweiten Punkt, „Agitation“, hatte Kollege Werfel ebenfalls. In vortrefflicher Weise verstand er es, der Konferenz die verschiedenen Agitationsarten darzulegen. Haupt-sächlich im Hinblick auf das Vorhaben des Arbeitgeberverbandes sei es notwendig, auch die letzten uns noch fernstehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen, damit das Vorhaben der Unternehmer an dem Damm der selbstgeleiteten Organisation zerfalle. Wo es nicht möglich sei, die Kollegen auf den Bauteil heranzuziehen, müssen diese in der Wohnung aufgeführt werden. Daneben müsse noch in Versammlungen für Ausbreitung der Organisation Sorge getragen werden. Es dürften dazu aber nur solche Kollegen verwendet werden, die Gewähr böten, daß sie ihrer Aufgabe auch völlig gerecht würden. Steig aus Bamberg empfahl in der nun folgenden Diskussion das Baudelegiertenystem, womit hauptsächlich in Bamberg gute Erfolge erzielt worden seien. Hiesler aus Nürnberg will nur solche Kollegen zur Agitation verwenden, die selbst innerlich überzeugt sind; auch in Nürnberg habe sich das Baudelegiertenystem gut bewährt. Nach aus Bayern tadelte das Verhalten zweier Nürnberger Kollegen, die vor acht Tagen zur Agitation anwesend waren, und ersucht den Gauvorsitzenden, in Zukunft bei Auswahl von Referenten vorsichtiger zu sein. Hofmann aus Bayreuth empfahl Haus- und Bautenagitation, und Lipz aus Hof schilderte die guten Erfolge, die dort durch die Hausagitation erzielt wurden; es müßten aber auch die jeweiligen örtlichen Verhältnisse in Betracht gezogen werden. Hempel aus Frankfurt ersuchte, bei der Agitation auch auf die Bauhilfsarbeiter zu wirken, damit möglichst ein einheitliches Vorgehen erzielt werde. Im Schlußwort betonte Kollege Werfel, daß ein einheitliches Schema nicht aufgestellt werden könne, vielmehr müßten die Kollegen am Ort die für sie beste Art der Agitation wählen. Hierauf wurde die Konferenz von dem Vorsitzenden Hofmann mit einem kräftigen Applaus an die Delegierten, für den weiteren Ausbau der Organisation zu sorgen, geschlossen.

**Bamberg a. N. N. N.** Sonntag, den 16. Februar, tagte hier eine Generalversammlung, die trotz der so wichtigen Tagesordnung sehr mäßig besucht war. Vor der Wahl des Vorstandes richtete der Gauvorsitzende ein Mahnwort an die Versammlung. Kollege Ridder wurde als erster Vorsitzender und Kollege Karl Meißner als erster Kassierer gewählt. In einer lebhaften Diskussion kam es bei der Frage der Altmbergarbeit, da es wiederholt vorgekommen ist, daß Kollegen im Altmberg arbeiten, obgleich hier Altmbergarbeit verboten ist. Hauptächlich sind es Stettiner Kollegen. Es wurde daher jedem fremden Kollegen, dringend nahegelegt, in dem Gebiete des hiesigen Zweigvereins keine Altmbergarbeit auszuführen. Zum Schluß berichtete Kollege Ridder von der Gaufonferenz in Stettin.

**Bochum.** Die Zählstelle Gert he hielt am 15. Februar beim Wirt Balhof in Harpen ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Kollege Leberenz erstattete den Jahresbericht. Am Sitz der Zählstelle sorgte die Jecher Lothringen im Wunde mit der Polizeiverwaltung dafür, daß wir kein Versammlungslokal bekommen. Unserem früheren Vereinswirt Düppe in Bövinghausen, der nur Räucher der Wirtschaft war, wurde vom Inhaber, einem Zentrumsbauern, unterfagt, uns noch weiter zu beherbergen, „er dulde keine sozialdemokratischen Versammlungen in seinem Hause“, meinte der wackerer Zentrumsmann. Es ist ihm seitdem Gelegenheit gegeben worden, seine Getränke selbst zu vertilgen. Die organisierten Maurer haben ihn nicht mehr beklagt. Die Zählstelle hat ein anderes Unterkommen, wenn es auch etwas weiter abliegt, gefunden und ist trotz dieser und anderer Anfeindungen vorwärts gekommen. Bis in den Sommer hinein war hier eine ausgezeichnete Gastkonjunktur zu verzeichnen. Für die Jecher „Lothringen“ wurden 54 Kolonienhäuser, eine chemische Anlage, ein Maschinenhaus und andere Erweiterungsarbeiten ausgeführt. Die Privatbaufähigkeit war dagegen nicht so lebhaft wie früher. Es gelangen elf Wohnhäuser, eine Schule und fünf An- und Umbauten zur Ausführung. Die Firma Collin & Brandt, die die Arbeiten für die Jecher größtenteils ausführt, beschäftigt mit vorziesliche Italiener, trotzdem sie deutsche Kollegen genug bekommen kann. Die Gründe dafür sind sehr leicht zu erraten. Die italienischen Kollegen sind leichter zu überreden zu bewegen und haben es bei der Pubarbeit, die sie in Altmberg ausführen, trotz Mahnungen der Kollegen nicht daran fehlen lassen. Der Tariflohn wurde mit wenigen Ausnahmen gezahlt. Zweimal kam es wegen eines Poliers bei Collin, der allzu schnell auftrifft, zu Arbeits-einstellungen, die jedoch durch das Eingreifen der Leitung

bald erledigt wurden. Die Zählstelle zählte im Durch-schnitt 101 Mitglieder. Aufgenommen wurden 79, übergetreten sind 11 Kollegen. Beitragsmarken wurden inf. 234 Marken für Arbeitslohn 4743 Stück umgelegt, pro Mitglied 43. Nicht so günstig war der Umsatz mit den Extramariken. Es wurden umgelegt 610, pro Mitglied 6 Stück. Die Zählstelle erledigte ihre Geschäfte in 22 Mitgliederbesprechungen und 9 Vorstandssitzungen. Im allgemeinen war der Besuch der Versammlungen in Betracht des letzten Weges zum Lokal gut. Im Winter 1906 sowie auch im letzten Winter besaßen die Kollegen, in der beitragsfreien Zeit pro Woche 20 % zu erheben. Der Kassenbestand stieg infolgedessen von M 86,51 am Jahresf. 1906 auf M 213,32. — Mit dem Bauarbeiter-schutz ist es noch recht mangelhaft bestellt. Durch die Kritik der Mischstände im „Vollblatt“ und in den Versammlungen ist es etwas besser geworden, aber den Kollegen, die in den Versammlungen die Mischstände zur Sprache brachten, wurde gekündigt. Wer den Unternehmern die Namen der Redner mitteilt, hat, ist wohl unehrlich zu erraten. Der Kollege Weigel ergänzte die Ausführungen des Vorsitzenden und forderte die Kollegen zu reger Agitation auf. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Erzgebirg.** Sonntag, den 23. Februar, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Karl Schneider, erstattete den Bericht von der Gaufonferenz zu Leipzig. Dann sollte die Lohnfrage erörtert werden; es mußte jedoch davon Abstand genommen werden, weil zu derselben Zeit die Schönfelder Kollegen mit dem Gauvorstand eine Besprechung in diesem Sinne hatten. Da die beiden Zweigvereine einen gemeinsamen Lokaltarif haben, so erraten es die Erzgebirger Kollegen als ihre Pflicht, sich dem Beschluß zu fügen. Zum Schluß rügte der Vorsitzende den schwachen Versammlungsbuch.

**Hessburg.** Die Firma Düren & Co. aus Godesberg a. Rh. führt hier in Mülheim den Neubau der Marine-schule auf. Inhaft aber hiesige Maurer und Arbeiter zu beschäftigen, wie sich das doch wohl an einem mit dem Gelde der deutschen Steuerzahler zu errichtenden Reichsbau gehört, beschäftigt die Firma Düren mit wenigen Ausnahmen nur Ausländer, nämlich Italiener. Die Zurücksetzung der einheimischen Arbeiter empfinden diese um so bitterer, da ein Arbeitermangel sehr häufig nicht vorhanden ist. Bei der Firma Düren scheinen aber noch andere, und zwar recht „menschenfreundliche“ Gepflogenheiten zu herrschen. Ein bei dem Schulbau beschäftigter Hessburger Maurer hatte vor einigen Wochen das Besagene Mißgeschick, zu erkranken und der Betriebs-schleife der Unternehmern mit M 7 Unterstützung pro Woche zur Last zu fallen. Als er sich nach vierwöchiger Krankheit wieder zur Arbeit meldet, bekommt er den Bescheid, daß im Geschäft erkrankte Arbeiter nicht wieder eingestellt werden dürfen. So habe es der Chef beschlossen. Wir sind der Meinung, einem solchen Unternehmer, der erkrankte Arbeiter nach ihrer Genesung nicht wieder einstellt, sollte die Bauperversion schleunigst vom Bau jagen.

**Frankfurt a. M.** Die Zählstelle M ö r f e l b e n hielt am 23. Februar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht des ersten Bevollmächtigten war zu ersehen, daß wir 241 Mitglieder hatten; davon hatten am Jahresf. 1907 223 keine Beitragsmarken. An Extramariken hatten 120 Mitglieder noch Rückstände. Die Kassenverhältnisse waren im abgelaufenen Jahre folgende: An die Zweigvereinstafel wurden M 5379,94 abgeführt. Für den Extrabetrieb wurden M 554,40 an die Zweigvereinstafel abgeführt. Die Einnahmen der Lokalfafel betrugen im ganzen Jahre M 633,14, die Ausgaben M 518,03, mithin bleibt ein Kassenbestand von M 115,11. An Unterstützung aus der Hauptafel wurden M 240,80 für Kranken-geld ausgezahlt. Aus unserer Lokalfafel wurden M 41 an Unterstützung gezahlt. Zur Unterstützung für die Reichstagswahl wurden M 20 der Parteifafel überwiesen. Es haben 6 Mitgliederbesprechungen, 9 Vorstandssitzungen und 5 Kartellbesprechungen stattgefunden. Bei Zweigvereins-sitzungen war unsere Zentralstelle neunmal durch Delegierte vertreten. Kassenrevisionen haben fünfmal stattgefunden, viermal durch die Revisionen und einmal durch den gesamten Vorstand. Kassen und Buchführung wurden jedesmal in guter Ordnung gefunden. Auf unsere Anregung an die Eisenbahninspektion in Mainz wurde an jedem Samstag und vor Feiertagen ein Arbeiterzug mehr eingelegt. Unserer Bibliothek wurden einige Bände zugeführt. Leider wird jedoch von unseren Kollegen die Bibliothek noch sehr wenig benutzt. Ein Antrag des hiesigen Gewerkschaftsrates, unsere Bibliothek in eine Gewerkschaftsbibliothek umzuwandeln, mußte wegen vorgerückter Zeit für die nächste Versammlung zurückgestellt werden. In der örtlichen Verwaltung entstand keine große Veränderung, da die bisherige Verwaltung so ziemlich wieder gewählt wurde.

**Freiburg.** Am 18. Februar tagte unsere Mitglieder-versammlung. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 1. Quartal, deren Richtigkeit die Revisoren bestätigten. Bei der dann erfolgenden Vorstandswahl wurden alle Kollegen wiedergewählt, die die Posten bisher inne hatten. Als Delegierter zur Gaufonferenz wurde Kollege Habermann gewählt. Zum Schluß wurde darauf hingewiesen, daß in unserem Zweigvereinsgebiet noch viele Kollegen dem Verbanne fernstehen, die nun gewonnen werden müßten.

**Gelsenkirchen.** Am 22. Februar fand eine Mitgliederbesprechung in der Zählstelle B r e r statt, die gut besucht war. Trotz der Ausnahmegesetze, die man über unser Münsterland verhängt hat, indem man für die freien Gewerkschaften, welche hier Tausende von Mitgliedern zählen, kein Lokal hat, macht der Zentralverband der Maurer gute Fortschritte. Nachdem Kollege Schneider die Notwendigkeit der Organisation dargelegt hatte, sprach Kollege Vogt über die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Stadthagen im Reichstags über Klassenjustiz. Redner wies an Hand von Statistiken nach, daß solche im großen Maßstab geübt wird, zumal wenn es sich um den

§ 163. der Gewerbeordnung bei Arbeitern handelt. Nachdem sich Arbeiter in kürzerer Ausführung, mit der Ausbeutung der Jugendlichen unter 14 Jahren, sowie der Arbeiterinnen beschäftigt hatte, ging er noch auf die Griffe und deren Wirkung auf das Baugewerbe ein. Es kam dann ein Fall am Bau des Unternehmens Wippler zur Sprache, wo der Lokalbeamte vom Bau gewiesen und sogar mit Schlägen und einer Anklage wegen Hausfriedensbruchs bedroht wurde. Die Kollegen auf Montag eine Sitzung abzuhalten und Maßnahmen zu treffen, damit die Beamten jederzeit ohne Gefahr die Baustelle betreten können. Die Kollegen werden aufmerksam gemacht, daß hier die in Arbeit stehenden Kollegen für die drei Monate Dezember, Januar und Februar einen Winterbeitrag von 25-3 pro Woche zahlen müssen.

**Landau i. d. Pf.** Sonntag, den 9. Februar, tagte hier eine Mitgliederversammlung, deren Besuch wiederum zu wünschigen übrig ließ. Der Versammlung ging eine Sitzung voraus, die über das Verhalten des Kollegen Heinrich Barthel sen. von Bollmesheim zu verhandeln hatte. Auf Antrag mußte dieser Fall zunächst verhandelt werden. Nachdem die Auszüge und Handlungen des oben genannten Kollegen bekannt gegeben, und auch dieser sich ausgesprochen, wurde ein Antrag gestellt, wonach Barthel 5 Strafe an die Zweigvereinskasse entrichten und in einer Gewerkschaftspressen die gemachten Beleidigungen zurücknehmen soll. Er erklärte jedoch, für diese Sache noch nicht einen Pfennig ausgeben zu wollen. Was seinen Anspruch auf Grund § 37 b des Statuts Anwendung zu finden hat. Aus dem Jahresbericht ist besonders hervorzuheben: Krankenunterstützung erhielten 20 Kollegen 14.85, Gemeingefährtenunterstützung 8 Kollegen 1.32, Krankenunterstützung 25 Kollegen 18.75. Bei drei Sterbefällen wurden an zwei Familien 85 ausbezahlt; im dritten Falle fanden es die Angehörigen nicht der Mühe wert, eine Sterbeurkunde ausstellen zu lassen. Neuaufnahmen hatten wir 35; 16 Kollegen mußten gestrichen werden. Im Rückstand mit den Extrabeiträgen waren 12 Kollegen. 24 hatten noch gar keine bezahlt. Revisionen fanden sechs statt. Ueber den Beitritt zur Zentralkrankenkasse „Grundstein zur Einheit“ gab der Vorsitzende noch einige Erläuterungen. Der Vorsitzende Schaffler und Kollege Fuhrmann Jakob wurden als Bevollmächtigte zur Regelung dieser Sache gewählt. Zur Gauskonferenz wurde von der Lokalverwaltung der Gemeinderat folgender Antrag gestellt: „Der Bauvorstand möge dahin wirken, daß allerorts die abgeklärten Tarifverträge der Gemeinderäte hochgehalten werden.“ Hierauf wurde vom Vorsitzenden der Rattebericht gegeben, wobei es sich besonders um den Antrag des Ratteberichts drehte, die Beiträge von 10 auf 15 zu erhöhen. Nachdem den Kollegen hierüber berichtet wurde, daß die Rattefälle bei der jetzigen und kommenden Situation, ohne Beitragserhöhung nicht mehr auskommen könne, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

**Lübeck.** (Situationsbericht für das Winterhalbjahr.) Die Bautätigkeit ist in diesem Winter ganz erheblich hinter der früheren Jahre zurückgeblieben. Es herrscht deshalb hier eine große Arbeitslosigkeit, und hauptsächlich sind es verheiratete ältere Kollegen, die schon seit ganz geraumer Zeit auf dem Straßengraben liegen. Es ist auch vorläufig keine Aussicht vorhanden, daß diese in kürzester Zeit wieder in Arbeit treten können, denn es scheint, als ob die Arbeiten künstlich zurückgehalten würden; aus welchem Anlaß ist leicht zu raten. Vom Arbeitsnachweis für das Baugewerbe sind im Monat Januar nur 165 Personen aller beteiligten Berufe eingestellt worden; für eine Stadt wie Lübeck, wo Tausende in Frage kommen, gewiß recht wenig. Dabei herrscht hier durchaus kein Überfluß an leerstehenden Wohnungen, sondern im ganzen Stadtgebiete sind im Monat November v. J. nur 474 (199 pSt.) Wohnungen als leerstehend gefunden worden. Also hierauf kann unserer Erachtens die Arbeitslosigkeit nicht zurückgeführt werden. Eigentlich muß es auch berühren, daß jüngere Leute, die erst zugewandert sind, viel eher Arbeit erhalten, als die Ortsanässigen; wodurch ein Punkt zum Nachdenken für unsere teilenden Kollegen. Wir erwarten daher von diesen, daß sie nicht durch ihre Zureichenshaft hier das Meer der Arbeitslosigkeit vergrößert werden; denn es könnte vorkommen, daß die, die auf Arbeit hoffen, noch wochenlang, ja monatelang darauf warten müßten, eingestellt zu werden. Das mögen sich alle reisenden Kollegen merken.

**Meiße.** Sonntag, den 23. Februar, hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Obgleich ein Meiserent erschienen war, war die Versammlung sehr schlecht besucht. Der Vorsitzende teilte die Gleichgültigkeit der Kollegen und sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Kollegen das Versammlungslokal nicht finden, andere dagegen sehr oft befinden. Nachdem der Kassierer den Quartals- und Jahresbericht vorgelesen hatte, wurde zur Vorstands Wahl geschritten. Kollege Klonge wurde als erster Vorstands und Kollege Loebe als erster Kassierer wiedergewählt. Kollege Loebe behauptete die Arbeitslosigkeit der Kollegen, da noch sehr viele mit der Extraleistung und den Beiträgen im Rückstand sind. Er ersuchte die Kollegen, die Extrabeiträge bis zum Quartalschluß zu entrichten. Auch ersuchte er, 5 pro Prozentsatz zu erheben, da wir sonst nie vorwärts kommen. Kollege Jahn aus Breslau besprach in harter Weise die Beschaffenheit des Arbeitgeberbundes und legte den Kollegen klar, daß sie sich nicht etwa auf die faule Seite legen könnten, weil ihr Tarif erst 1910 abläufe. Zum Schluß erwähnte er die Kollegen, besser als bisher die Versammlung zu besuchen und dem Verband in Meiße kräftigen zu helfen, damit er allen Ecken genossen sei.

**Wirma.** In der am 23. Februar hier abgehaltenen, auf beschleunigten Mauererversammlung referierte der Kollege Friedrich Dresden über: „Die Gesellenverbände, Eöhne, Arbeitszeit und Lebensmittelpreise im Mittelalter.“ Er fügt auf zahlreichen Tafeln Material, wußte der Referent seinen künftigen Vortrag so interessant zu gestalten, daß wohl jeder der Anwesenden mit Aufmerksamkeit seinen Ausführungen folgte. Ausgehend von der Ent-

stehung des Handwerks, ungefähr im neunten Jahrhundert, schilderte der Redner die Lebensweise, Entlohnung und Arbeitsverhältnisse der sich bildenden Handwerker längst vergangener Zeiten, später das Wesen der Gilben und Zünfte und weiter die sich bildende Kluft zwischen Meistern und Gesellen. In seinen weiteren Ausführungen entwirft dann der Referent ein Bild von den im 14. und 15. Jahrhundert entstehenden selbständigen Gesellenverbänden, Gesellenbrüdervereinen, sowie deren mündliche Legitimationen und sonstige Gesellenbrüche. Anschließend hieran kommt dann der Redner auf die Arbeitsentlohnungen im Mittelalter zu sprechen und erwähnt auch u. a. „die schwarze Lasse“ zu Halle (wo die Streiforte angeordnet waren). Ferner die allgemeine Einführung des blauen Montags im 17. Jahrhundert, was gewissermaßen als eine Verknüpfung der Arbeitszeit zu betrachten sei. In kurzen Zügen gibt dann der Referent eine Gegenüberstellung der damaligen Lebensmittelpreise mit den jetzt bestehenden und schildert den Wert des Geldes einst und jetzt. Fortführend in seinen Ausführungen, machte dann der Redner den anwesenden Kollegen an verschiedenen Beispielen klar, was sich ein Handwerker bei damaliger Entlohnung bieten konnte, gegenüber dem, was er sich bei dem jetzigen Lohn bieten kann. Weiter schilderte er die Arbeitsleistung, die Arbeiterpreise und die sonstigen Sitten und Gebräuche im Mittelalter bis zum Erlaß der preussischen (1809) und Reichsgesetze (1810) Verordnungen, die dem ganzen gewerkschaftlichen Leben in diesem Sinne ein Ende machten. Nach Schluß des mit Beifall aufgenommenen Vortrags, berichtete Kollege Herr namens der Lohnkommission über die Vertragsverhandlungen. Zu irgend welchen Angelegenheiten haben sich bis jetzt die Unternehmer noch nicht hinreichend lassen; auf diesem Gebiet dürfte auch, jedenfalls mit bloßem Verstand, nicht viel zu holen sein; man wird hier höchstwahrscheinlich auf eine andere Art und Weise etwas nachhelfen müssen; im übrigen präferierte man den Vertretern der Bauhandwerker den jetzt schon zur Genüge bekannten „Muttervertrag“. Obgleich von unserer Seite versucht wurde, den alten Vertrag als Grundlage für Abschließung eines neuen Vertragsverhältnisses zu benutzen, so versuchten sich doch unsere Gegner mit allen möglichen und unmöglichen Weisemitteln auf ihren Unverfallvertrag. Daß unter diesen Umständen nichts zu erreichen war, berichtet sich am Rande. Da in Wirma und Umgebung die Verhältnisse für uns ziemlich günstig liegen, so können wir den weiteren Entwicklungen mit größter Seelenruhe entgegengehen. Es wird dann das Verhalten des Kollegen, Max Schade einer scharfen Kritik unterzogen. Da es sich hier um ein ziemlich schweres Vergehen handelt, wird eine dreigliedrige Kommission gewählt, die den Tatbestand genau unteruchen und der nächsten Versammlung zur weiteren Beschlußfassung vorlegen soll. Von dem Kollegen Hauswald wird ferner das Betragen eines Kollegen scharf getadelt; da letzterer aber nicht anwesend ist, mußte dieser Fall bis zur nächsten Versammlung verschoben werden. Wegen der Differenz in Thürndorf fragt der Kollege Peters an, ob ihm ein Anrecht auf Unterstützung zustehe. Dieser Frage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: In Thürndorf führt der Baumeister Raumann aus Königsheim einen Straßenbau aus. Die dort Beschäftigten (10 Arbeiter und 3 Maurer) erhielten statt des im Vertrag festgelegten Stundenlohnes von 31 s nur 20 s pro Stunde. Die Beschäftigten nahmen nun sofort Veranlassung, der selben Firma auf die Bude zu rufen. Baumeister Raumann ließ aber zweimal vier grade sein, und erklärte, trotz Vertrag, er zahle nicht mehr. Montag darauf legten nun sämtliche dort Beschäftigten die Arbeit nieder und bereiteten gleichzeitig an ihre Zweigvereinsvorsitzende. Der Kollege Friedrich spricht ihnen ein Anrecht auf Unterstützung ab, da sie die Sperrre eigenmächtig, ohne vorher dem Zweigvereinsvorstand davon Mitteilung gemacht zu haben, verhängt hätten. Die Meinungen über diesen Punkt sind geteilt. Nach einem kurzen Meinungsaustausch hierüber erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Regensburg.** In der am 1. März hier abgehaltenen Mitgliederversammlung beschäftigten wir uns auch unter anderem mit der Beitragserhöhung ab 1. April d. J. Der Vorschlag der Vorstandschaft, ab 1. April d. J. den Beitrag auf 50 s inklusive 5 s Lokalbeitrag zu erhöhen, wurde mit 111 gegen 5 Stimmen angenommen. Für die am hiesigen Kanalbau Beschäftigten Kollegen wurde der Beitrag ab 1. März d. J. auf 70 s erhöht. Dieser Versammlung hat fahrungsgemäß stattgefunden und ist dieser Beschluß für alle Kollegen, auch die fehlenden, bindend. Ferner wurde das Baudelegiertenwesen einer eingehenden Erörterung unterzogen und beschlossen, genau nach dem Regulativ zu handeln. Hoffen wir, daß der hiesige Zweigverein dadurch immer mehr zu einer Macht wird, die auch Unternehmerwillkür nicht bezwingen kann.

**Roßwein.** Sonntag, den 23. Februar, tagte hier eine Generalversammlung. Der Vertrauensmann Herr. Kähler mußte leider konstatieren, daß die Kollegen bei allem Ernst der Situation nicht hinter dem Ofen vorzubeugen sind. Obgleich die Organisation am Ort ziemlich gut ist, herrscht doch in bezug auf Versammlungsbefuch große Interesselosigkeit. Der Kollege-Geselle gab einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen der Gauskonferenz in Leipzig. Bei den Neuaufnahmen wurden der bisherige Vertrauensmann Herr. Kähler und dessen Stellvertreter Herr. Renhardt wiedergewählt. Dann folgte eine längere Aussprache über die Lohnfrage und über das Verhalten der Unternehmer hierzu. Nachdem die Kollegen auf den Ernst der Situation aufmerksam gemacht und zum festen Zusammenhalten aufgefordert worden waren, folgte Schluß der Versammlung mit dem Wunsch, daß die nächste Versammlung, die auch vom Kollegen Jacob besucht sein wird, zahlreicher besucht sein möge.

**Schulz.** Die am 23. Februar tagende Versammlung war trotz der wichtigen Tagesordnung nur mäßig besucht. Den Bericht der Lohnkommission gab Kollege Großmann. Die trefflichen Ausführungen fanden reichen Beifall. Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute in „Stadt Wien“ tagende Versammlung kann unter keinen Umständen den vom Bauarbeiterverband

vorgelegten Tarif gutheissen; sie überläßt die weiteren Schritte in dieser Sache der Lohnkommission.“ Zum zweiten Punkt erstattete der Kassierer den Kassienabchluß vom vierten Quartal 1907. Er wurde darauf entlastet. Aus dem dann folgenden Jahresbericht sei hervorgehoben: Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluß 223 gegen 234 am Jahreschluß 1906. Dieser Minderungsgrad, der um so auffälliger erscheint, da 112 Neuaufnahmen gemacht wurden, erklärt sich aus dem Austritt von 102 Mitgliedern in den Verband der Bauhilfsarbeiter. Verbandsbeiträge schuldeten am Jahreschluß noch 22 Extrabeiträge noch 10 Mitglieder. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betrug 4.114.90, die Einnahme aus den Extrabeiträgen 944.20. Die Lokalasse nahm mit ihrem Beitrag von 562.07 insgesamt 2466.31 ein und gab 1316.42 aus; der Bestand beträgt 1149.89. Von den statistischen Erhebungen sei eine über die Wohnverhältnisse der Kollegen erwähnt. Angaben machten leider nur 96 Kollegen; es ist dabei zu berücksichtigen, daß nur die befragt wurden, die Wohnverhältnisse inne hatten. 2 Kollegen hatten eine Stube, zwei Kammern und Küche, 5 hatten eine Stube, eine Kammer und Küche; sie zahlten 120 bis 215 Miete. 22 Kollegen hatten eine Stube und zwei Kammern, wofür sie 80 bis 120 zahlten, und 67 Kollegen hatten nur eine Stube und eine Kammer zum Preise von 36 bis 130. Diese letztere Erscheinung, die in 67 Familien im Wohnraum zugleich gefast wird, ist für die Lebenshaltung überaus bezeichnend. Nach dem mit Verzichtung aufgenommenen Bericht wurde ein Antrag angenommen, wonach der Lokalzuschlag von 5 s auf 10 s pro Woche erhöht werden soll.

**Wernigerode a. S.** Hier tagte am 24. Februar eine öffentliche Mauererversammlung. Der Referent J. Koch schilderte in sehr zutreffender Weise unsere frühere und heutige Existenz und kritisierte in harter Weise das hartnäckige Unternehmertum. In der Diskussion erklärten sich die Kollegen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Der Vorsitzende ernannte die Kollegen, die Worte des Referenten zu bekräftigen und danach zu handeln. In „Verständnis“ brachte Genosse Koch vor, daß Mauerer Zimmerarbeiten verrichten, während der Vorsitzende zu Hause sitzen müßten. Hierauf erklärte der Vorsitzende, daß sein Mauerer derartige Arbeiten verrichten dürfe. Als Hilfskassierer für die Mittelstadt wurde Kollege W. Waacke gewählt. Von einigen Kollegen wurde gewünscht, unsere Versammlungen in der Parteipresse bekannt zu machen. J. Koch gab bekannt, daß am Sonntag die neuen Bücher ausgeteilt würden. Nachdem noch der Berichtende die Kollegen ermahnt hatte, die „Vollstimme“ zu lesen, dem Wahlverein beizutreten und die Versammlungen besser zu besuchen, erfolgte Schluß der Versammlung.

#### Gliesenleger.

Berlin. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Hermann Mattheim in Spandenberg, Weiningerstr. 8, zum ersten Vorsitzenden gewählt.

### Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 23. bis 29. Februar 1908 sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Liebenwalde (Finanzamt) 200, Langenlisa 100, Summa 300. Zinsüberschüsse: Halle a. d. Saale 400, Wilmersdorf 400, Wittenau 200, Waldorf 300, Deutsch Lissa 200, Gorkau 200, Karlsruhe i. B. 200, Königsberg i. Pr. 200, Friedrichsdorf 200, München 150, Marburg 100, Oden i. B. 100, Zwickau 100, Werder a. d. Havel 100, Teterow 100, Gießen 100, Braunschweig 100, Meiningen 100, Wernigerode 100, Altona 100, Wittenberg 100, Prager 50, Frankfurt 40, Summa 3840.

Altona, den 29. Februar 1908.

Karl Reich, Hauptkassierer, Witthelmstr. 57.

### Vom Bau.

#### Anfälle, Arbeiterlohn, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Voreinstößen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Geschäftsblatt zu senden.

**Duisburg.** Am 21. Februar ereignete sich am Schulneubau in der Blücherstraße (wohlfeld, Firma Reich & Sohn) ein Unfall, wobei sich unser Kollege Krusenbaum schwere Verletzungen zuzog. Beim Verlegen einer massiven Treppe wollte man die Bodenstützen abdecken. Krusenbaum, der das Rohr überschreiten wollte, brach durch und fiel eine Etage hinunter auf die Treppe. Er war zunächst ohne Bewußtsein. Man brachte ihn ins Krankenhaus, wo ein Bodenbruch und schwere innere Verletzungen festgestellt wurden, was ihn für eine geraume Zeit, wenn nicht für immer, als Mauerer arbeitsunfähig machen wird.

**Frankfurt a. d. O.** Am 21. Februar führte auf dem Neubau der Firma H. Schmitt ein Gerüst zusammen, wobei ein Mauerer und zwei Steinträger verletzt wurden. Die Art ihrer Verletzungen ist uns nicht bekannt geworden. Nach dem Einfluß ergaben ein Beamter auf dem Bau. Es wäre besser gewesen, wenn sich die zur Aufsicht verpflichtete Behörde früher etwas mehr um die Arbeitsstelle gekümmert hätte, dann wäre das Unglück vielleicht vermieden worden. Das Gerüstmaterial bei der Firma Schmitt ist absolut unzureichend und mangelhaft. Es finden sich Stiele darunter, die als Brennholz zu schlecht sind. Ueberhaupt werden die Unfallverhütungsvorschriften in diesem Geschäft sehr oft mißachtet.

**Teterow.** Am 29. Februar kam durch den Einbruch eines Brandbrennens des Nachbarmannes der Kollege Mogen aus Teterow zu Tode. Der Einbruch des Giebels ist darauf zurückzuführen, daß bei den Ausschachtungsarbeiten nicht mit der nötigen Vorsicht gearbeitet wurde.

Die Kellerwände des Neubaus soll auf die Hälfte der Stiebelbreite bereits 80 cm tiefer ausgekragt sein als das Fundament des eingefügten Stiebels, ohne die nötigen Abmessungen resp. das Unterfangen des Stiebels vorzunehmen. Nachdem am Sonnabend der Stiebel einen sehr bedeutenden Abgang zeigte, sollten noch einige Stiebel angedacht werden, um um dieses zu ermöglichen, wolle der Verunglückte Kollege von einer Leiter aus Schläge zur Befestigung der Stiebel in den Stiebel stemmen. Bevor aber die Absteigung vorgenommen werden konnte, rutschte der Stiebel unten aus und brach in sich zusammen, den Mauer unter den Trümmern begrabend. Der Verunglückte konnte nur als Leiche daraus hervorgezogen werden. Ausgeführt wird der Neubau von dem geprüften Bauwerksmeister Groß aus Tetschow. Die Staatsanwaltschaft hat bereits die Untersuchung eingeleitet.

**Bauarbeiterkonferenz in Lübeck.** Am 23. Februar tagte in Lübeck eine Konferenz der bausewerblenden Arbeiter für das Gebiet der Hamburgischen Bauwerks-Vereinsgenossenschaft. Es waren aus 132 Orten Delegierte erschienen, nämlich aus Schleswig-Holstein, den beiden Westfalen, Lübeck und Hamburg. Die Landesgenossenschaft, betreffend Bauarbeiterkonferenz in Preußen, Hamburg, Lübeck und Westfalen, referierte der Sekretär der Zentralkommission für Bauarbeiterkonferenz, Genosse Heinke-Hamburg. Dem sehr gründlichen Referat folgte ein Meisterrat des Kollegen Hugo Kober über die Abänderung der Unfallversicherungsvorschriften, die dem heutigen Stande der Baupragis längst nicht mehr entsprechen. Selbstverständlich wurde auch die alte Forderung der Bauarbeiter nach Arbeiterkontrollen mit Nachdruck und guten Begründungen auf neue erhoben. Nach ausgiebiger Debatte wurden mehrere Resolutionen angenommen. In der ersten wird gefordert, daß die Verunglückten sofort, sobald möglich die Unfallversicherungsvorschriften im Sinne der Arbeiterforderungen revidiert. Weiter fordern die Konferenzteilnehmer, solange kein Reichsbauarbeitergesetz erlassen ist — daß die Landesgenossenschaft die Verordnungen erlassen, nach welchen den Bauarbeitern ein besserer Schutz garantiert wird, als solcher von der Verunglückten zu erwarten ist, und ferner muß eine befriedigende Ueberwachung der Bauten durch angestellte Kontrollen stattfinden, die von den Arbeitern gewählt sind.

In einer zweiten Resolution, die von den Meistern eingebracht worden war, wurden das vollständige Verbot der Verwendung von Meistern und einige in dieser Richtung liegende hygienische und baupolizeiliche Maßnahmen gefordert. Einige andere Resolutionen und Anträge nahmen besonders auf den Arbeiterkonferenz bei Abbrüchen und bei Dachdeckerarbeiten Bezug. Außerdem wurde noch über die Organisation des Bauarbeitervereins verhandelt. Der Meisterrat, Kollege Kober, empfahl, den Bauleitern die Befugnisse und Aufgaben einer ständigen Kommission zu übertragen. Die Konferenz stimmte dem zu. Das Bureau wurde beauftragt, die gefassten Beschlüsse den zuständigen Körperschaften zu überreichen. Schließlich wird die Konferenz dem Streben der Bauarbeiterkonferenz des deutschen Nordens nach mehr Schutz einen neuen frischen Impuls geben und sie besonders veranlassen, das nächste Mittel, die Selbsthilfe, unverzüglich anzuwenden.

**Bauarbeiterkonferenz in Hamburg.** Endlich hat der Hamburger Senat eine Baupolizeiverordnung zum Schutze der Arbeiter erlassen. In dem geltenden Baupolizeigesetz, das nach den Beschlüssen von Senat und Bürgerchaft demnach durch ein neues ersetzt werden soll, findet der Arbeiterkonferenz nur eine sehr mangelhafte Bewertung. Das Gesetz enthält nur sehr wenige Bestimmungen über den Gerüstbau, über Witterungsbedingungen, Koffelwerk, Fenster, Schutz für Innearbeiter und über Aborte; Vorschriften über Schutzvorrichtungen fehlen fast ganz und Baubuden waren gar nicht erwähnt. Bei der Beschäftigung über das neue Gesetz konnte sich der bürgerchaftliche Ausschuss den Forderungen der bausewerblenden Arbeiter nicht ganz verschließen. Die grundlegenden Bestimmungen wurden erweitert und präzisiert. Wegen der Weisheitslosigkeit der Materie und um auch die Möglichkeit zu haben, die Schutzbestimmungen den fortschreitenden Bedürfnissen auf dem schnellsten Wege anpassen zu können, nahm der Ausschuss von der Eingliederung spezialisierter Vorschriften in das Gesetz Abstand; diese Regelung sollte durch Verordnung erfolgen. Dieser Meinung schloß sich die Bürgerchaft (Landtag und Stadtverordnetenkollegium in Hamburg) im Frühjahr 1907 an, und auch der Senat stimmte bald darauf diesem Beschlusse zu. Am hat letzterer am 15. Februar die Verordnung herausgegeben, die an demselben Tage in Kraft getreten ist.

Die Verordnung geht in vielen Punkten mit den Unfallversicherungsvorschriften der Hamburgischen Bauwerks-Vereinsgenossenschaft konform und sie entspricht, wie das ja nicht anders zu erwarten war, noch lange nicht den berechtigten Forderungen der Bauarbeiterkonferenz. Aber wir können doch gern anerkennen, daß sie manchen Fortschritt bringt und sehr viel zur Verhütung schwerer Unfälle beitragen kann, wenn sie energig durchgeführt wird. Daß die Arbeiter in ihrem ureigensten Interesse an der Verabschiedung von Baugesetzen, die sich hier noch besonders hervorgehoben. Nachstehend bringen wir die wichtigsten Bestimmungen der Verordnung zum Abdruck.

Bei der Ausführung eines Baues ist so zu verfahren, daß die am Bau beschäftigten Personen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie die Art des Betriebes es gestattet.

Der Genuß alkoholischer Getränke, wie Wein, Bier, Schnaps und dergl., während der Arbeitszeit und der Ausfahrt solcher Getränke auf der Arbeitsstelle ist verboten.

Es ist auf dem Bau für gutes Trinkwasser und für Trinkgefäße sowie für deren Reinigung zu sorgen.

Die Verunreinigung der Bauten und Baustellen ist verboten.

Alle Baugerüste sind aus gutem, gesundem Material genügend stark und fest herzustellen und müssen gegen Verschleibungen und Ausweichungen sorgfältig gesichert werden.

Sie sind während der Dauer der Benutzung in diesem Zustande zu erhalten.

Rägel und sonstige Eisenteile müssen von besserer Beschaffenheit sein. Die Verwendung gußeiserner Riegel ist verboten.

Beim Abbruch von Gerüsten aller Art sind die einzelnen Teile nach herabfallenden Riegelstücken abzubauen und lebterart befestigt werden, daß sie weder einfallen, noch ausweichen können.

Die Aufrichter müssen einstimmig sein und eine der Höhe und Belastung entsprechende Stärke haben; geschmiedene Aufrichter dürfen jedoch an keiner Stelle unter 10 cm, behauene Aufrichter nicht unter 8 cm, Rundhölzer nicht unter 7 cm messen.

Bei dem Anhängen (Aufsetzen) oder Verlängern der Aufrichter müssen die Enden beider aneinander stehenden Räume über zwei Neiplanken reichen, die mindestens 1,50 m von Mitte zu Mitte voneinander entfernt sein müssen. Diese Anhängen (Aufsetzer) müssen durch 2 bis 3 Spitzklammern, Wölben oder in sonstiger fester Weise verbunden und durch mindestens 35 cm lange Snaggen unterstützt werden, welche an den unteren Aufrichtern durch drei 12 cm lange Riegel zu befestigen sind.

Die Entfernung der Aufrichter voneinander soll in der Regel, wenn Neiplanken verwendet werden, nicht über 1,85 m von Mitte zu Mitte betragen.

Die Neiplanken müssen durch mindestens 25 cm lange Snaggen unterstützt werden und bei Entfernungen der Aufrichter bis zu 1,00 m von Mitte zu Mitte mindestens 3,2x20 cm, bei größeren Entfernungen mindestens 3,8x20 cm oder 3,2x22 cm stark sein. An den Aufrichtern sind die Neiplanken mit einem 12 cm und zwei 10 cm langen Riegeln, die vorher gebohrten Snaggen mit zwei 12 cm langen Riegeln gut zu befestigen.

Werden ausnahmsweise Streichhaken (sogen. Durchhaken) statt Neiplanken verwendet, so darf die Entfernung der Aufrichter nicht mehr als 2 m von Mitte zu Mitte betragen. Die Streichhaken müssen an ihrem Kopfe einen Durchmesser von mindestens 8 cm haben. Aufgeschlittene Rundhölzer (Schleien oder hölzerne Latten) dürfen nur bei Gebäuden von nicht mehr als zwei Stockwerken als Streichhaken verwendet werden; die Lattenbäume, an denen sie befestigt sind, dürfen nicht mehr als 1,50 m von Mitte zu Mitte entfernt stehen. Solche Streichhaken sind durch lange Snaggen oder Eisen, welche von Streichhaken zu Streichhaken reichen, niemals aber durch eiserne Klammern zu unterstützen.

Werkbäume oder Wehriegel dürfen nicht über 1,50 m von Mitte zu Mitte entfernt liegen und müssen der freistehenden Länge entsprechend, mindestens aber 8 cm stark sein. Im Mauerwerk müssen sie mindestens einen halben Stein tief aufliegen und gegen Verschiebung und gegen Herausziehen aus der Mauer gesichert sein. Die Unterhaken der Werkbäume in Maueröffnungen (Fenster, Balkontüren und dergl.) dürfen nicht auf lose Einstichlöcher gestellt werden; diese Unterhaken (sogen. Stiefelhechte) sind nach beiden Seiten in den Leibern der Fenster Läden und dergl. fest abzuspreizen; sind sie länger als 1,50 m, so müssen sie aus Hohl-, Rund- oder Kanthölzern bestehen.

Die Gerüstbretter müssen befähigt und der Belastung entsprechend, jedoch mindestens 3 cm stark sein. Wenn Bretter auf darauf zu sehen, daß keine Wippen entstehen und daß die Augen so dicht sind, daß ein Herabfallen von Steinbröcken und dergl. verhindert wird.

In höchster unter jedem als Arbeitsstelle dienenden Gerüstbelag muß sich ein weiterer ebensolcher Gerüstbelag befinden, welcher als Schutzbrücke dient.

Jedes aufstehende Gerüst von 8 m Höhe an muß an der Rückseite, aus dem Gefälle des Materials zu verhindern, durch Vordrücken (sogen. Schmieplanken), soweit die Leitertreppen es zulassen, dicht abgeschlossen sein; außerdem ist 1 m über dem Gerüstbelag eine starke Lattenleiste an den Aufrichtern zu befestigen. An den Enden der Gerüste sind gleiche Sicherheitsvorrichtungen anzubringen.

Gängegerüste. Die Ausleger müssen einstimmig, von gutem, gesundem Holz oder eiserne Träger und von hinreichender Stärke sein.

Sie sind gegen Verschleiben, Ranten und Ueberhängen zu sichern.

Die Bügel sollen von geschmiedetem Eisen und mit Schutzplatten versehen sein.

Die Haken müssen durch Verschlässe gegen das Ausfallen gesichert sein.

Die Gerüstbretter sind an den Bügeln zu befestigen.

Zu Auslegergerüsten dürfen nur eiserne Träger oder einstimmige, gesunde, gerade gewachsene Hölzer von mindestens 12 cm Stärke verwendet werden. Die Ausleger müssen in der Regel um das Maß der äußeren Gerüstbreite in das Innere des Gebäudes hineinragen und an ihrem hinteren Ende sicher abgeleitet oder mit der Vollenlage verbunden und gegen jede Verschiebung gesichert sein. Die Auslegergerüste müssen vollständig abgedeckt, das äußere Brett muß durch Snaggen oder Riegelung befestigt werden. Der Bretterbelag ist gegen Rutschen und Verschleiben zu sichern. Die Böde aus Auslegergerüsten sind besonders sorgfältig aufzustellen und zu befestigen; derartige Gerüste sind mit festen Einrichtungen zu umgeben.

Wölbrüstungen (Lehbrücken) müssen je nach der von ihnen auszunehmenden Belastung nachgemäßer hergerichtet und derartig aufgestellt werden, daß vor der Wegnahme ein Böden derselben (Lücken) möglich ist.

Die Wegnahme der Wölbrüstungen hat mit besonderer Vorsicht zu geschehen.

In gleicher Weise ist bei Klüngen für horizontale Steine oder Betonbänke zu verfahren.

Wodgerüste. Werden zur Herstellung von Gerüsten Böde verwendet, so müssen sie genügend stark und in sich verkrebt sein. Wodgerüste, welche nicht auf dem Erdboden stehen, dürfen nur auf völlig dichtem und solidem Bretterbelag, dagegen nie auf dem Einschub, auf Langhölzern und offenen Balkenlagen aufgestellt werden.

Die Gerüstleitern, Bäume wie Sprossen, müssen aus gutem, gesundem, nicht übermäßigem Holz ohne große Keste bestehen und nach ihrer Aufstellung so befestigt werden, daß sie weder unten abrutschen, noch oben überhängen können.

Die Leitertreppen müssen mindestens 1 m, senkrecht gemessen, über dem Ausstiege hervorgehen oder so weit verlängert werden; die Leitern sind nötigenfalls gegen Durchbiegen und seitliches Schwanken abzustützen.

Leitertreppen dürfen, soweit möglich, nicht so übereinanderliegen, daß herabfallende Gegenstände den unteren Leitertreppen treffen können. Sollte der Bauplatz es bedingen, daß Leitern übereinander liegen müssen, so sind deren Unterseiten zu beschützen.

In gleicher Weise sind Leitertreppen zu verschalen, unter denen sich ein Durchgang oder eine Arbeitsstätte befindet.

Alle Böden von Leitertreppen zu Leitertreppen müssen durchsichtig hergestellt, mit Gerüstbrettern dicht abgedeckt und mit fester Einfriedigung versehen sein.

Bei Bauten, bei denen die Errichtung von Aufstellgerüsten auf dem über der Straße zum Schutze des öffentlichen Verkehrs angebrachten Schutzbau erforderlich wird, oder bei denen dieses Schutzbau zur Lagerung von Materialien benutzt wird, ist oberhalb desselben zum Schutze der das untere Schutzbau betretenden Personen ein zweites Schutzbau anzubringen.

Das Ueberhandmauern nach außen ist nur dort gestattet, wo es nicht möglich ist, ein Außengerüst aufzustellen; ausgenommen hiervon ist das Mauern von hohen Schornsteinen.

Wo hiernach das Ueberhandmauern zugelassen werden muß, ist in Höhe der nächsten Balkenlage, unter der Arbeitsstelle ein mindestens 2 m breites mit Gerüstbrettern dicht abgedecktes Schutzbau mit 60 cm hohen Vordrücken gegen die Gefahr des Absturzes anzubringen; sofern nicht etwa das Aufmauern der Außenwände in der Weise vorgenommen wird, daß von einer neu verlegten Balkenlage oder aufgestellten Klüftung aus erst dann weiter gemauert wird, wenn von der darunter befindlichen Arbeitsklüftung aus die Mauer mindestens um sechs Meter reichend über die neue Balkenlage oder Klüftung aufgeführt ist.

Im Innern von Neubauten sind die Balken- und Trägerlagen eines jeden Geschosses sofort nach ihrer Verlegung mit mindestens 2,5 cm starken Brettern dicht und sicher zu überdecken und die Treppeneinrichtungen sowie andere offene Stellen fest zu umriedigen. Neuangestellte Treppen und deren Böden sind sofort mit fester Vorläufigen oder den endgültigen Geländern zu versehen. Kluftöffnungen, die auf uneingefriedigte Balkone führen, sind abzusperren.

An Stelle der Abdeckung der Balkenlagen kann die Herstellung des Einschubs treten, sofern die Einschubtreppen so stark und so sicher unterlegt sind, daß sie beim Betreten durch eine Person nicht brechen, und sofern für die Verkehrs- und Transportwege Laufbretter in 60 cm Breite über die Balken gelegt werden. Die Einschubtreppen müssen bei einer solchen Breite zwischen den Balken bis zu 60 cm mindestens 2 cm, bei größerer Balkenweite mindestens 2,5 cm stark sein.

Unter Gerüsten und aus Beton und Steinen hergestellten Böden darf die unterliegende Klüftung nicht früher entfernt werden, als bis die Dede die nötige Tragfähigkeit erreicht hat.

Bis zu diesem Zeitpunkt sind über der Dede sichere Laufwege anzubringen, oder es ist das Betreten der Dede durch Abhaken wirksam zu verhindern.

Bei Neubauten von hohen Schornsteinen muß unten, sowohl innen als außen, stets eine Abdeckung zum Schutz gegen herabfallende Gegenstände angebracht werden.

Die Mauerwerke, Werkzeuge u. s. w. sind nur in Behältern nach oben zu befördern, nicht in Laufschlingen.

Bei der Herstellung von einseitig eingepannten feinsten Treppen ist eine genügend starke, in sich verbundene, gegen Verschieben gesicherte Klüftung aufzustellen, welche die Stufen an der freien Außenkante unterlegt. Diese Klüftung ist bis zur Fertigstellung des Baues im Rohbau stehen zu lassen.

Das Tragen von Mauersteinen darf nur in Wulden, Körben, auf Balken oder Brettern geschehen. Das Abwerfen von Mauersteinen, Mörtel und dergleichen von der Schulter auf das Baugerüst ist verboten.

Uebermäßige Belastungen der Gerüste, der Balken- oder Trägerlagen sind unter allen Umständen verboten.

Gefährliche Vorrichtungen. Das Arbeiten und der dauernde Aufenthalt in Räumen, in welchen sich offene Koffelwerk befinden, ist verboten. Diese Räume müssen gegen die übrigen Räume dicht abgeschlossen und bevor in ihnen wieder gearbeitet wird, gut gelüftet werden.

Gefährliche Stoffe, Säuren, Laugen, giftige oder sonst schädliche Stoffe, sind unter dachtem Verschluß zu halten und müssen mit einem den Inhalt kennzeichnenden, auffallenden Merkmal versehen sein. Es ist verboten, die genannten Flüssigkeiten in Bier-, Selters- und dergleichen Flaschen aufzubewahren.

Fenster- und Kluftöffnungen in Neubauten und Umbauten, in denen nach Fertigstellung des Rohbaues die Arbeiten des weiteren inneren Ausbaues vorgenommen werden, müssen während der Wintermonate, das ist von Ende Oktober bis Ende März, mit einem mindestens vorläufigen Verschluß versehen sein.

Auf jedem Neubau, größeren Umbau und Abbruch ist ein Verbandskasten mit entsprechender Gebrauchsanweisung und eine Maßschüssel mit Handluch und Seife für Verbandswäsche vorrätig zu halten.

Der Verbandskasten enthält: 20 Rollbinden 10 cm breit, 5 Pakete Watte à 100 gr, ½ m Wollwatte, 2 Gasmarsche dreieckige Kicher (Mitte).

